

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: 3,50 RM. monatlich 1,10 RM.
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Bekannt für die hochgelobte Kolonelle
über deren Namen 60 Pf. für
politische und gesellschaftliche Berichts-

Telegramm-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 18. August 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Vordringen bis in die Nähe von Brest-Litowsk.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 17. August 1915. (B. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Vor Ostende vertrieb unsere Küstenartillerie zwei feindliche Zerstörer.

In den Ost-Argonnen wurde bei La Fille Morle ein französischer Graben genommen.

Bei Bapaume fiel ein englisches Flugzeug in unsere Hand; die Insassen - zwei Offiziere - sind gefangen genommen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Weitere Kämpfe in der Gegend von Kupischki waren erfolgreich, 625 Gefangene (darunter 3 Offiziere) und drei Maschinengewehre fielen in unsere Hand.

Truppen der Armee des Generalobersten v. Eichhorn unter Führung des Generals Ljmann erstürmten die zwischen Njemen und Njisa gelegenen Forts der Südwestfront von Kowno. Über 4500 Russen wurden zu Gefangenen gemacht, 240 Geschütze und zahlreiches sonstiges Gerät erbeutet.

Die Armeen der Generale v. Scholtz und v. Gallwitz warfen unter fortgesetzten Kämpfen den Gegner weiter in östlicher Richtung zurück. 1800 Russen (darunter 11 Offiziere) wurden gefangen genommen, ein Geschütz und zehn Maschinengewehre eingebracht.

Auf der Nordostfront von Nowo-Georgiewsk wurden ein großes Fort und zwei Zwischenwerke im Sturm genommen. Auf den übrigen Fronten gelang es fast überall, den Gegner weiter zurückzudrängen. Es wurden 2400 Gefangene gemacht, 19 Geschütze und sonstiges Material erobert.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern und Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen sind in weiterem siegreichen Fortschreiten.

Englische Häfen durch ein U-Boot beschossen.

London, 17. August. (B. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Ein deutsches Unterseeboot hat am 16. August früh morgens auf Barton, Harrington und Whitehaven an der Westküste von England Granaten abgefeuert, ohne wesentlichen Schaden anzurichten. Einige Granaten trafen nördlich von Barton den Bahnkörper; der Verkehr erlitt eine kurze Unterbrechung. In Whitehaven und Harrington entstanden Brände, die rasch gelöscht wurden. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen.

Die Meldung des russischen Generalstabes.

Petersburg, 17. August. (B. L. B.) Der Generalstab des Generalissimus teilt mit: In der Gegend von Bauske drängten unsere Truppen in der Nacht zum 15. d. Mts. von neuem die Deutschen zum Rückzug. Feindliche Gegenangriffe wurden zurückgewiesen. In der Richtung Jacobstadt-Dünaburg keine wesentlichen Veränderungen. Die Beschießung von Kowno dauert ohne Nachlassen an. Die Deutschen greifen hartnäckig die Befestigungen im westlichen Abschnitt an. Zwischen Rarow und Bug wurden am 14. und 15. d. Mts. Kämpfe mit großer Erbitterung geliefert. Eine Reihe feindlicher Angriffe wurde unter großen Verlusten für den Feind abgeschlagen. Auf dem linken Ufer des Bug keine wesentlichen Veränderungen. In den übrigen Abschnitten der Gesamtheit unserer Front stellenweise Gewehr- und Geschützfeuer. Rein irgendwie bedeutendes Geschet.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 17. August. (B. L. B.) Gestern abend wurde amtlich bekanntgegeben: Heftiger Artilleriekampf während des ganzen Tages auf vielen Stellen der Front. Unsere Batterien fügten dem Feinde empfindliche Verluste zu im Gebiet von Quennevières, hielten sein Feuer auf dem

In ihrem amtlichen Bericht vom 16. VIII. behauptet die russische Heeresleitung, daß russische Verbände am 13. VIII. bei Dunajow an der Flota-Lipa zwei Reihen deutscher Schützengräben erobert und deren Verteidiger niedergemacht hätten. Unseren an dieser Stelle kämpfenden Truppen ist nur eine russische Patrouillenunternehmung in der Nacht vom 12. zum 13. VIII. bekannt, die völlig scheiterte, bei der der Gegner vier Tote und zwei Verwundete vor unserer Stellung ließ und die uns keinen Verlust brachte.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 17. August. (B. L. B.) Amtlich wird veröffentlicht: 17. August 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

In scharfer Verfolgung des unablässigweichenden Gegners sind von den I. und II. Truppen die unter dem Kommando des Feldmarschallleutnants von Erz stehenden bis Dobrynka, 20 Kilometer südwestlich von Brest-Litowsk, vorgezogen. Eine russische Nachhut, die bei Wiszycza Stellung gefaßt hatte, wurde von ungarischer Landwehr geworfen. Die von Erzherzog Josef Ferdinand geführten Kräfte sind im Fortschritt auf Janow am Bug. General von Korwek hat den Feind in der Gegend von Konstantynow über den Bug gemworfen. Nördlich des unteren Bug kämpfen im engen Anschluß an deutsche Reiterei österreichisch-ungarische Kavallerieverbände. An unseren Fronten bei Madimir Wolynskij und in Ostgalizien herrscht Ruhe.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Das Feuer der italienischen schweren Artillerie gegen unsere Tiroler Werke hielt gestern tagüber an. Schwächere feindliche Infanterieabteilungen, die im Val Sugana bis Carzano (nordöstlich Bozgo) vorgekommen waren, wurden über den Raso-Bach zurückgeworfen. An der Küstendänische Front setzten die Italiener ihre Vorstöße gegen unsere Stellungen zwischen dem Ara und Tolmein mit verstärkten Kräften fort, wurden aber überall blutig abgewiesen. Das Plateau von Dobers stand gestern nachmittags wieder unter ziemlich heftigem Geschützfeuer.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Höfer, Feldmarschallleutnant.

Plateau von Noubron an und beschädigten ernstlich die deutschen Arbeiten nördlich Godat (zwischen Verry-au-Bac und Loivre). Da der Feind noch Granaten auf Saint Die warf, schossen wir auf die Gasometer von Marckirch, welche explodierten. Ein anderes Feuer, das wir verursachten, um Vergeltung zu üben, hatte den Brand einer deutschen Fabrik östlich Münster zur Folge.

Paris, 16. August. (B. L. B.) Amtlicher Bericht von heute nachmittag. Im Laufe der Nacht aussehende Kanonade im Gebiete von Souchez und auf dem Noubron-Plateau. Nördlich der Aisne im Abschnitt von Quennevières und in den Westargonnen Kämpfe mit Bomben und Handgranaten. In den Bogesen gestattete uns ein Minenhandstreich, an den feindlichen Schützengräben zwischen Unterburnhaupt und Ammerkweiler einige Gefangene zu machen und zwei Minenwerfer und ein Maschinengewehr zu erbeuten.

Austausch von Zivilgefangenen.

Rom, 17. August. (B. L. B.) Mitteilung der Agenzia Stefani. „Osservatore Romano“ meldet: Die Schwierigkeiten, die bisher die Verwirklichung der hochherzigen Anregung des Heiligen Vaters wegen des Austausches der zum Militärdienst unfähigen Zivilgefangenen jeden Alters verzögert hatten, sind nun überwunden, da die englische Regierung eingewilligt hat, die Kommandanten und Mannschaften der deutschen Unterseeboote wie die anderen Kriegsgefangenen zu behandeln, wogegen sich die deutsche Regierung bereit erklärt hat, auch die gefangenen englischen Offiziere wie früher zu behandeln. Der Heilige Stuhl ließ sich daraufhin angelegen sein, seine Bemühungen bei der deutschen Regierung zur Ausführung des bereits abgeschlossenen Abkommens zu erneuern. Der preussische Gesandte beim Heiligen Stuhl übermittelte telegraphisch aus Lugano vom 5. August die zusagende Antwort seiner Regierung. Nachdem der englischen Regierung hiervon durch den Kardinal-Staatssekretär Mitteilung gemacht worden war, dankte diese in einer Depesche vom 12. August für die wirksame und menschenfreundliche Aktion des Papstes.

Spekulation und Staatskredit.

Das Reich braucht weitere Anleihen. Ganz abgesehen von der Ankündigung, wonach die Regierung vom Reichstage die Bewilligung einer neuen Anleihe von 10 Milliarden verlangen wird, hat sie noch einen offenen Kredit von 6 1/2 Milliarden, weil die ersten beiden Anleihen 13 1/2 Milliarden brachten, während 20 Milliarden bewilligt sind. Es wird denn auch mit der Begebung einer neuen Anleihe in der nächsten Zeit gerechnet. Daher wurde die Aufnahmefähigkeit des Geldmarktes in letzter Zeit viel erörtert und die Gefahr besprochen, die dem Erfolg der Anleihen aus der Spekulation in Wertpapieren droht, die stark um sich gegriffen haben soll. Man erörtert denn auch Maßnahmen, die diese Gefahr abzuwenden sollen.

Aus Kreisen der Bankiers ist allerdings versucht worden, eine solche Gefahr rundweg zu bestreiten. Man argumentiert dort so: Der Handel mit Wertpapieren beeinflusst die Aufnahmefähigkeit des Marktes für Staatsanleihen überhaupt nicht, weil dadurch Geldkapital nicht festgelegt wird; jedem Kauf von Wertpapieren steht ja ein Verkauf gegenüber, die Verkäufer bekommen Geldmittel in die Hand, die sie zu Käufen von Schuldscheinen des Staates verwenden können. - So einfach ist indessen die Sache keineswegs. Von dem disponiblen Leihkapital, das in Bargeld, Bankguthaben, Wechseln und anderen leichtveräußlichen Papieren besteht, kann man sich ein Teil „verleihen“, d. h. die Eigentümer wollen es so verwenden, daß sie bei möglichst geringem Risiko möglichst hohen Zins einbringen können; ein anderer Teil wird in mehr oder minder riskanten Spekulationen verwendet, bei denen jedenfalls höherer Gewinn erwartet wird als der Zins, den solide festverzinsliche Papiere abwerfen. Unter den gegebenen Umständen sind aber Kriegsanleihen kein Spekulationspapier. Sie werfen hohen Zins ab, aber es ist so gut wie ausgeschlossen, daß ihr Kurs in absehbarer Zeit steigen sollte. Weil nämlich nach Beendigung des Weltkrieges ganz sicher in allen Ländern die Nachfrage nach Leihkapital sehr groß sein wird, so wird auch der Zinsfuß hoch bleiben; es wird also die Anlage von Kapital in Staatspapieren, die fünf Prozent abwerfen, kein besonders günstiges Geschäft sein, die Nachfrage nach diesen Papieren wird nicht so stürmisch sein, daß sie den Preis in die Höhe treibt. Die Staatsanleihe bleibt also eine solide Kapitalanlage, bei der die Gläubiger ihre festen Zinsen beziehen, aber die Spekulanten lockt sie nicht. Stehen nun die Dinge so, daß unter den Kapitaleignern Spekulationsstimmung herrscht, so vermindert sich der Kreis jener, die solide Kapitalanlage suchen, es ist geringere Aussicht vorhanden, eine Anleihe unterzubringen.

Wie stehen nun momentan die Dinge in Deutschland? Da keine Börsenkurse veröffentlicht werden und auch private Mitteilungen über die Kurse von Wertpapieren selbst zu Studiengzwecken nicht mitgeteilt werden dürfen, so ist nur den Börsenbesuchern und den Bankiers bekannt, wie stark die Neigung zur Spekulation ist. Verschiedene Äußerungen, so vor allem der Alarmruf des Herrn Dr. H. Weber, Direktor der Mitteldeutschen Kreditbank und Mitglied des Reichstages in einer vor kurzem veröffentlichten Broschüre, lassen auf einen ziemlich hohen Grad des Spekulationsfiebers schließen, aber eine genaue Beurteilung ist ausgeschlossen. Fragt man sich nach den Ursachen, die die Spekulation hervorgerufen haben können, so sind sie freilich nicht schwer zu finden. Tatsache ist, daß eine ganze Anzahl Unternehmungen die „Kriegskonjunktur“ ausnützen konnten und anormal hohe Profite erzielen. Es sind die Unternehmungen, die direkt oder indirekt an Lieferungen von Kriegsmaterial beteiligt sind, ferner Mühlen, Lederfabriken und andere, die aus der allgemeinen Preissteigerung Nutzen ziehen konnten. Die Fama übertreibt womöglich noch die Profitchancen und da stürzen sich denn die Spekulanten auf die Aktien solcher Unternehmungen, das Geschäft kommt in Schwung. Nachdem aber einmal die Spekulationswut angefaßt war, erstreckte sie sich bald auch auf andere Gebiete. Man fing an die Chancen anderer Unternehmungen zu prüfen, die zwar während des Krieges keine Profite erzielen, vielleicht sogar Verluste erleiden, von denen aber sicher anzunehmen ist, daß sie alsbald nach Friedensschluß eine glänzende Konjunktur haben werden. Die Aktien solcher Unternehmungen waren vielfach billig zu haben, weil viele Besitzer sie auf Kredit gekauft hatten, also Zinsen für diesen Kredit zahlen mußten, während die Papiere keine Dividende abwarfen. Es fanden sich also Käufer, die darauf rechneten, daß sie zwar noch einige Zeit keine Dividende beziehen werden, dann aber, wenn die Zeiten sich bessern, die Papiere mit hohem Gewinn veräußern werden können. Auf solche Weise kann ganz allgemein eine Spekulationsstimmung entstanden sein.

Aber die Lust zur Spekulation allein genügt nicht, wenn nicht die Möglichkeit besteht, sie zu betätigen. Die Bedingungen für die Spekulation liegen sicher ungünstiger als in normalen Zeiten, denn der Kredit ist stark eingeschränkt. Würden die geltenden Bestimmungen streng eingehalten, so könnte auf Kredit überhaupt nicht spekuliert werden. An der Börse dürfen ja nur „Kassageschäfte“ gemacht werden, bei denen die gekauften Papiere bar bezahlt werden, und die Großbanken haben sich verpflichtet, Geschäfte in Wertpapieren ebenfalls nur bei Barzahlung zu vermitteln. Ganz sind aber den Spekulanten die Wege, sich Kredit zu verschaffen, nicht versperrt, das ist bei den komplizierten Verhältnissen des Bankverkehrs nicht möglich. Angenehm ist aber wohl, daß auch bei Barzahlung die Spekulation sich gerade jetzt betätigen kann. Geschäftsleute, deren Kapital brachgelegt ist infolge der Kriegsverhältnisse, werden wohl oft der Versuchung unterliegen, durch Spekulation in Wertpapieren sich Profit zu verschaffen, und Leute, die an Kriegslieferungen im kleinen Geld verdient haben, vermehren den Profit, indem sie spekulieren. Der Kreis der Spekulationslustigen, die über Geld verfügen, ist also wohl ziemlich groß.

Um nun dem Treiben der Spekulanten entgegenzuwirken, haben die maßgebenden Stellen vor allem auf die Banken einzuwirken gesucht. Sie werden aufgefordert, durch strikte Verweigerung von Kredit zu Spekulationszwecken dieses Treiben zu erschweren. Ferner kündigt der Börsenvorstand einen „Abbau des Börsenmoratoriums“ an. Es handelt sich dabei darum, daß bei Kriegsausbruch für Börsengeschäfte ein Moratorium gewährt wurde, d. h. die Zahlungsverpflichtungen, die aus Käufen an der Börse vor Kriegsbeginn zu leisten waren, bleiben gestundet. Jetzt wird erwogen, daß den Gläubigern das Recht eingeräumt werden soll, 10 Proz. der Schuldsumme einzuziehen. Dadurch würden die berufsmäßigen Börsenspekulanten gezwungen werden, ihre Geschäfte einzuschränken. Es bleibt abzuwarten, ob diese Schritte genügen werden und durch Einschränkung der Spekulation der Geldmarkt aufnahmefähiger werden wird.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 17. August. (W. Z. V.) Kriegsbericht vom Montag. In der Lomazone und im Abschnitt des Val d'Alfa (Sette Comuni) war der Artilleriekampf gestern sehr heftig. Neue Fortschritte werden im Septentale (Treu) gemeldet. Unsere Artillerie zerstörte die feindlichen Schützengräben auf dem Seefoel und der roten Wand und brachte die feindliche Artillerie zum Schweigen, die versuchte, sie zu bekämpfen. Die Infanterie drang längs der Täler des Vacherbach und des Vodenbach vor, indem sie die feindlichen Verteidigungswerke eroberte und einige Gefangene machte. In der Nacht zum 15. August versuchte der Feind, durch einen Gegenangriff die verlorene Stellung am Vodenbach wiederzunehmen, wurde aber zurückgeschlagen. Spätere Nachrichten über das Gefecht vom 13. im Popenatal, von dem im gestrigen amtlichen Bericht gemeldet wurde, bestätigen, daß der Gegner schwere Verluste erlitten hat. In einem einzigen Schützengraben wurden über 200 Leichen gezählt, darunter einige Offiziere. In Kärnten unternahm der Gegner in der Nacht zum 15. August einen heftigen Angriff gegen unsere Stellungen vom Kleinen Pal, dem Freifoel und dem Großen Pal. Der festen Standhaftigkeit unserer Infanterie, die durch das rechtzeitige und wirksame Eingreifen der Artillerie unterstützt wurde, gelang es, auf der ganzen Front den Feind zurückzuschlagen und ihm schwere Verluste zuzufügen. Im Gebiet des Krn wurden gestern weitere Fortschritte erzielt, besonders in der Richtung auf Plitsch, und ungefähr 200 Gefangene gemacht. Cadorna.

Der türkische Krieg.

Der vernichtete Transportdampfer.

London, 17. August. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der englische Transportdampfer, der am 14. August früh von einem feindlichen Unterseeboot versenkt wurde, hieß „Royal Edward“. Er führte 220 Mann Besatzung, 1800 Mann Truppen mit 22 Offizieren. Soweit bekannt, sind 800 Mann gerettet worden. Der Transport bestand hauptsächlich aus Verstärkungen für die 29. Division und aus Sanitätsmannschaften.

Kämpfe im Kaukasus.

Petersburg, 17. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht der Kaukasusarmee: In der Küstengegend und bei Olty erfolgreiche Unternehmungen unserer Patrouillen. Bei dem letzten Zug wurde eine türkische Brigade über den Tchorofuß vernichtet. In der Suphratgegend besetzten unsere Truppen Kop. Nach einem fünfständigen Kampfe zwang unsere Kolonne bedeutende türkische Streitkräfte nach Korol zurückzugehen. In derselben Gegend überfielen unsere Erkundigungspatrouillen unter dem Leutnant Vich und den Unterleutnants Spiljak und Jwanitschenko eine auf dem Rückzug befindliche türkische Kompanie, machten viele nieder, führten die anderen als Gefangene weg und erbeuteten Gewehre. Nach dem Bericht des Kommandanten einer Infanterieabteilung, die unserer Kavallerie folgte, ist der ganze Weg von Datal nach Melagghert mit Leichen der Türken überjät, die bei der Verfolgung durch unsere Kavallerie niedergemacht worden sind.

An den anderen Stellen der Front keine wesentlichen Veränderungen.

Der Seekrieg.

Eine neue amerikanische Note.

London, 17. August. (Z. U.) Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus aus Washington soll die Antwort der Untonsregierung betreffend die Vernichtung des Dampfers „William Frye“ heute veröffentlicht werden. Der deutsche Vorschlag, den Schaden festzustellen, wird angenommen, dagegen der Vorschlag, die Meinungsverschiedenheiten über die Deutung des deutsch-amerikanischen Vertrages einem Schiedsgericht zu übertragen, wird abgelehnt.

Die „Rechte“ der Neutralen.

London, 17. August. (W. Z. V.) „Daily News“ sagt in einem Leitartikel, es sei falsch, nicht zugeben zu wollen, daß sich England bei der Behandlung der neutralen Schiffe faktisch formell im Unrecht befindet. Die richtige Verteidigung sei die, daß mit der Schnelligkeit der modernen Seeverbindungen die allgemeinen Methoden des Handels- und Seekrieges sich so geändert hätten, daß alle völkerrechtliche Ansprüche wirksam nur durch neue Methoden

verfochten werden könnten. Man könne einen modernen transozeanischen Dampfer nicht auf offener See durchsuchen und müsse ihn in einen Hafen schleppen. Leider seien die Bedingungen, die in den normalen Verhältnissen allmählich entstanden wären, plötzlich insgesamt der Handelswelt aufgezungen worden, die durchaus nicht wüßte, was ein Seekrieg unter modernen Bedingungen sei. Die ganze Lage müsse eingestandenemmaßen nach dem Kriege revidiert und neues Recht geschaffen werden.

Die Freiheit der Meere.

Zu den Schlagwörtern, die heute jedermann um die Ohren schwingen, gehört mit in erster Linie das Wort von der „Freiheit der Meere“, die Deutschland, wie man sagt, erkämpfen muß. Leider erfährt man — außer etwa in Broschüren und Druckschriften gewisser Gruppen, die aber zurzeit in der Tagespresse nicht nachgedruckt und kommentiert werden können — niemals, was denn eigentlich unter dem Ausdruck zu verstehen ist. Es ist deshalb recht dankenswert, daß Graf S. Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“ dem mysteriösen Schlagwort näher zu Leibe geht. Die bis jetzt im großen Publikum herrschenden, recht nebelhaften Vorstellungen können sich dadurch immerhin zu einem etwas klareren Bilde verhalten.

Reventlows Artikel entnehmen wir deshalb folgende Kernsätze: „Die Freiheit der Meere würde mitten die Befestigung der bisher bestehenden Unfreiheit der Meere bedeuten, und zwar zunächst für das Deutsche Reich, denn so groß unsere selbstlose Begeisterung dafür ist, die Meere für alle Nationen frei zu machen, so ist auch dieses Ziel nur erreichbar, wenn wir bei uns selbst anfangen... Die Meere... sind nicht frei. Sie sind für kein Land der Welt weniger frei als für Deutschland...“

Der Erste Lord der britischen Admiralität, Lord Balfour, sagte neulich: Die Deutschen verstanden unter Herstellung der Freiheit der Meere das Zerbrechen der britischen Ozean suprematie. Diese Ozean suprematie sei für die Insel Großbritannien aber ein Lebensbedürfnis... So und nicht anders stellen die Dinge. Fragen wir uns also: was bedeutet für das Deutsche Reich als Ziel die Freiheit der Meere? Wie ist der Weg, der zu dieser Freiheit führt, welches sind die Mittel? Wer die britische Geschichte kennt, weiß die Antwort: die Befreiung der Meere ist eine Machtfrage. Wer die Geschichte dieser Machtfrage kennt, weiß, daß es eine utopische Illusion wäre, zu glauben: die Freiheit der Meere könne etwa durch einen „Zusammenstoß der seefahrenden neutralen Mächte in Nebereinstimmung mit den Gegnern Großbritanniens“ tatsächlich erreicht werden. Sicherlich kann — und werden vielleicht — Papierberge zu solchen Tritten beschreiben, monatelange Konferenzen und Kongresse darüber abgehalten werden. Ein anderes als rein papierenes Ergebnis werden solche Dinge nie haben, wobei wir allerdings fest davon überzeugt sind, daß Großbritannien an solchen papierenen Beratungen und Verabredungen mit größter Zuverlässigkeit teilnehmen wird... Die Freiheit der Meere ist und bleibt eine Machtfrage, und sie bedeutet für uns Deutsche: daß wir Verhältnisse schaffen, welche für die Zukunft Großbritannien unmöglich machen, und die Meere zu sperren. Dazu müssen wir, sozusagen, die schwimmenden wie die festen Bedingungen schaffen und uns ganz allein auf die eigene Kraft verlassen. Alles andere, auch die schönsten Phrasen und Versprechungen und Abkommen sind wertlos, so z. B. der verfliegene Gedanke, Deutschland könne zusammen mit den Vereinigten Staaten die Freiheit der Meere, also die Befreiung von der englischen Meeresherrschaft erreichen. Diese Möglichkeit ist vielleicht eine imaginäre, akademische, moralische, utopische — besonders von letzterem sind wir überzeugt — aber eine praktische politische Möglichkeit besteht hier nicht. Die Freiheit der Meere muß Deutschland sich erkämpfen und kann es sich erkämpfen, sonst würden ja auch die autoritativ gegebenen Äußerungen hierzu nicht gegeben worden sein...“

Nach der Definition des Grafen Reventlow ist also die „Freiheit der Meere“ nur auf dem Wege des Machtkampfes zu erreichen, und zwar durch Befestigung der Ozean suprematie Englands, einerlei ob England als Insel die Seebeherrschung durch eine andere Nation als Gefährdung seiner Lebensbedürfnisse empfindet oder nicht.

Das ist klar und deutlich. Ob es politisch richtig und eine Friedenssicherung für Deutschland ist, ist natürlich eine ganz andere Frage, die wir aber im Augenblick aus dem fasslich Bekannten Erörtern leider nicht zu erörtern vermögen.

Der Krieg in den deutschen Schutzgebieten.

Das Deutsche Kolonialamt übergibt der Öffentlichkeit die fünfte Mitteilung über die kriegerischen Ereignisse in den deutschen Schutzgebieten.

Aus Deutsch-Ostafrika

Sind seit Abschluß der letzten Veröffentlichung wenige Nachrichten eingegangen; sie stammen meist aus gegnerischen Quellen. Ueber die allgemeine Lage in Deutsch-Ostafrika um die Mitte März d. J. ist amtlicherseits folgendes bekannt geworden:

Deutsch-Ostafrika ist frei vom Felde, ausgenommen die Insel Mafia und den Longidoberg (nordwestlich von Kilimandjaro an der deutsch-englischen Grenze), die von Engländern besetzt sind. Wir halten Taveta in Britisch-Ostafrika (östlich von Kilimandjaro) besetzt. Vor der Küste befinden sich folgende englische Kriegsschiffe: Minienschiiff „Gollash“, Kreuzer „Weymouth“, Hyacinth, „Altaea“, „Phrynia“, nach Gefangenen-aussage auch „Dartmouth“, Hilfskreuzer „Kinsland Castle“ und ein zweiter Hilfskreuzer gleichen Typs, ferner armerierter Kabeldampfer „Duplex“, vier armerierte Wasserfahrer, ein Wasserflugzeug (gestrichelt im März eingetroffen). Von den englischen Schiffen liegen stets einige, darunter die „Weymouth“, vor der Nordküstengegend, die übrigen fahren längs der Küste hin und her und haben nach der Blockadeerklärung noch eine Anzahl Daus, darunter auch solche, die verstreut an Land lagen, weggenommen.

Unsere Truppen haben sich durchweg hervorragend bewährt. Verpflegung und Sanitätswesen funktionieren gut. Ein „Motes-Kreuz“-Komitee und ein Liebesgaben-Komitee haben unter Leitung von Frau Gouverneur Schure größere Summen aufgebracht und sich wirksam betätigt. Der Gesundheitszustand der Truppe und Bevölkerung war im allgemeinen günstig.

Die Ruhe unter den Eingeborenen ist — abgesehen von ein paar Viehraubereien von Warundi, die zur Rechenschaft gezogen wurden — nicht gestört worden. Die Haltung der Eingeborenen war, von Einzelausnahmen abgesehen, ruhig. Das Angebot von Rekruten aus allen Teilen der Kolonie war größer, als eingestellt werden konnten. Unter den Eingeborenen einiger Bezirke trat infolge ungünstiger Regenverhältnisse im November bis Januar Mangel an Nahrungsmitteln ein. Die Ausfälle sind indessen jetzt, nachdem im Februar reichliche Regenfälle eingetroffen sind, für den größten Teil der Kolonie gut. Die Kopfsteuern sind im ganzen Schutzgebiet glatt eingegangen und bleiben hinter dem Ertragnis des Vorjahres nur unwesentlich zurück.

In einem großen Teile des nördlichen Portugiesisch-Ostafrika sind die Eingeborenen aufständisch. Ein Vorgehen der Portugiesen gegen die Eingeborenen auf dem Mauaplateau endete mit einem Fehlschlag. Nach Eingeborenenmeldungen ist auch in Britisch-

Rhassaland ein Aufstand ausgebrochen. Endlich sind im belgischen Kongo westlich des Tanganjikasees die Eingeborenen aufständisch.

Dritte Verlustliste aus dem Schutzgebiet Deutsch-Ostafrika.

1. Gefallen: Kaufmann Augustin, Leutnant d. Ref. Schulte, Witzfeldwibel Rast, Unteroffizier d. Ref. Günther, Landwehrmann Hülfe, die Postkammermeister Schelker, Leutnant und Führer, Schüge Gruber, Kriegsfreiwilliger Jakobson, Oberleutnant Henneberger, Feldwibel d. Landw. Post, Witzfeldwibel des Verlaubtenstandes Bina, Leutnant d. Ref. Anor, Hauptmann Schimmer, Landwehrmann Buschmann, Major Kessler, Hauptmann Gerlich, die Oberleutnants Kaufmann, Spalding und Erdmann, die Leutnants d. Ref. Send und Stoerig, Waffenschm. Thomien, Sergeant Kappel, die Witzfeldwibel d. Ref. Adermann und Weber, die Unteroffiziere d. Verlaubtenstandes Moebius und Vinou, Obergefreiter d. Landw. Post, die Schützen Raab, Schulte, Rath und Bucher, Kriegsfreiwilliger Leitner, Kriegsfreiwilliger Dehler, Gefreiter d. Ref. Smet, Gefreiter d. Verlaubtenstandes Bahs. Außerdem Missionar Palm auf seiner Station.

2. Gestorben: Infolge Verwundung: Vermessungsmaat Walther, Kriegsfreiwilliger Marri, Gefreiter d. Ref. Vossler, Leutnant d. Ref. Meyer-Rathus, Hauptmann Frhr. v. Hammerstein, Witzfeldwibel d. Ref. E. Simonetti; infolge Krankheit: Oberleutnant Giesl, Leutnant a. D. v. Jawadski, Geiger Priests, Kriegsfreiwilliger Zehle, Vermessungsmaat Hansen, Leutnant d. Ref. Weidner, Kriegsfreiwilliger Tagmann, Geiger Schmitt, Torpedobefehlshaber Lehner, Steward Bars.

3. Verwundet: Hauptmann Wintgens, Leutnant der Ref. Lang, Sanitätsfeldwibel d. Landw. Dormeyer und Witzfeldwibel d. Landw. Bursche, Leutnant d. Ref. Reindl, Gefreiter d. Ref. Müller (Otto) aus Willau i. Sa. und Kriegsfreiwilliger Gröbels, Leutnant a. D. v. Gubmann (verletzt durch Sturz vom Flugapparat, wieder dienstfähig), Mat. Kuerstein, Witzfeldwibel des Verlaubtenstandes Juengst, Unteroffizier d. Ref. Kremer, Witzfeldwibel d. Ref. Wehner, Kriegsfreiwilliger Kramer, Leutnant d. Ref. Schiller, Oberleutnant v. Lettow-Vorbeck, Hauptmann Otto, die Stabsärzte Dr. Benichs und Dr. Borwerk, die Oberleutnants Langen, Wolf, Frhr. v. Stosch, v. Oppen und Gock, die Oberleutnants d. Ref. Thiel und Transfeld, die Leutnants d. Ref. Dr. Winkelmann und Schütze, Sanitätsfeldwibel d. Ref. Joeger, Privatdozentmeister d. Ref. Klauke, die Unteroffiziere d. Ref. Pösch, Leopold und Goppel, Unteroffizier des Verlaubtenstandes Dreher, Mat. der Seew. Rube, die Gefreiten des Verlaubtenstandes, Michel, Streck, Müller (Artur), Müller (Otto) und Werner, Gefreiter der Landw. Simon, Gefreiter d. Ref. Rothboom (wahrscheinlich Rothboom), die Jäger der Landw. Mädel und Sippold, die Schützen Pfeiffer, Braun, Schulze und Stanae, Freiwilliger Appelt, Unteroffizier d. Verlaubtenstandes Koerber, die Kriegsfreiwilligen Christoph und Lausberg, Leutnant d. Ref. Paun.

4. Vermißt oder gefangen: Unteroffizier d. Ref. Schl. Müller (Personalien unbek.), Unteroff. d. Ref. Welter, Unteroffizier d. Ref. Dörfner, Landwehrmann Kleich, Schüge Weinhardt, Freiw. Kroscher oder Kroschner, Gefr. d. Verlaubtenstandes Wok, Kaufmann Stöhrer.

In Gefangenschaft in Ahmednagar: Gouvernementssekretär Max, Kanzlist Paul und Pflanzungsassistent G. v. Delling.

Die französische Zensur.

Paris, 17. August. (W. Z. V.) Clemenceaus Blatt „L'homme Enchaîné“ ist für vier Tage verboten worden.

Basel, 17. August. (Z. U.) Das Verbot der Zeitung Clemenceaus, des „L'homme Enchaîné“, hat in Paris großen Unwillen erregt. Besonders die sozialistischen Blätter wenden sich mit verdoppelter Schärfe gegen das „Kautschuksystem“ der Regierung und fügen dem langen Censurregister des Kabinetts Viviani noch die lächerlich strenge Zensur hinzu. Die „Bataille Socialiste“ erklärt, daß das Wüten der französischen Zensur im Ausland den schlechtesten Eindruck mache und verweist auf den diesbezüglichen Passus in der letzten Rede des deutschen Reichskanzlers. Die Nachricht von der Solidaritätserklärung der Regierung hat immer noch keine Befriedigung gefunden. Wahrscheinlich wird Viviani versuchen, unter Aufgabe Millerands durch ein Kompromiß sein Kabinett zu retten. Die Haltung der radikal-sozialistischen Partei ist nach wie vor ungewiß.

Hgm. Paris, 17. August. In dem bereits gemeldeten Verbot von Clemenceaus „L'homme Enchaîné“ wird noch gemeldet, daß die Beschlagnahme erfolgte, weil Clemenceau sich weigerte, seinen von der Zensur beanstandeten Leitartikel, der Angriffe auf die Regierung enthielt, auszumergen. Um 3 Uhr morgens erschien der Polizeikommissar Duganton mit mehreren Polizeibeamten in der Druckerei, ließ die Maschinen anhalten und die bereits gedruckten Exemplare vernichten, während die Blätter eingeschmolzen wurden.

Andererseits aber läßt die Zensur heftige Angriffe der rechtsstehenden Kreise gegen die Blätter der Linken marschieren. So darf die „Republique Française“ Dore wegen seiner Angriffe auf Millerand und Joffre einen Landesvertreter nennen, der wie alle diese Revolutionäre das Vaterland erniedrigen, entwaffnen und zerstören wollten.

Kammerwahl und Kabinettsrücktritt in Athen.

Franfurt a. M., 17. August. (W. Z. V.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet: Von der schweizerischen Grenze. Dabas verbreitet folgende Meldung aus Athen: Die Kammer wurde mit den üblichen Zeremonien eröffnet. Sodann schritt man zur Wahl des Präsidenten. An der Abstimmung beteiligten sich 306 Deputierte. Der Anhänger von Venizelos, Jarihanos, erhielt 192 Stimmen, der Regierungsparteiler Delios 93 Stimmen, und der Demetriopulisti Barnoglis 7 Stimmen, 22 Stimmzettel waren leer. Zum Präsidenten wurde Jarihanos mit 87 Stimmen Mehrheit gewählt. Die Kammer begrüßte das Wahlergebnis mit lebhaftem Beifall.

Die Regierung hat demissioniert.

Athen, 17. August. (Z. U.) Es steht nicht zu erwarten, daß die allgemeine politische Lage durch die Nebernahme der Regierung seitens Venizelos wesentliche Änderung erfahren wird. In den Begründungsworten an die Kammer verriet der neuwählte Präsident Jarihanos sorgfältig jede Nebernahme, die auf eine kommende Interventionspolitik der Venizelos-Partei schließen lassen könnte. Für die Stimmung der Volksvertreter bezeichnend ist die Tatsache, daß Ministerpräsident Gunaris, als er in der Eröffnungsrede unter bewußter Anspielung auf den bekannten Kollektivvertrag des Bierverbandes die Möglichkeit einer Wiedereingliederung des griechischen Gebietes weit von sich wies, von allen Parteien lebhaft beifällig wurde. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Venizelos eine Anzahl Mitglieder des Kabinetts Gunaris in das neue Kabinett hinübernehmen wird. Bei der Kammereröffnung waren vollständig nur die diplomatischen Vertreter des Bierverbandes und seiner Verbündeten vertreten.

Athen, 17. August. (W. Z. V.) (Meldung der Agence d'Athènes.) Der König hat die Demission des Kabinetts Gunaris angenommen und Venizelos ersucht, morgen vormittag zu einer Besprechung zu ihm zu kommen.

Was tut England?

London, 17. August. (W. Z. V.) „Daily Mail“ meldet aus Petersburg: Der britische Vorkämpfer hielt es zum zweiten Male für notwendig, dem russischen Publikum zu erklären, was England in dem Kriege tue. Er sagte bei einer Unterredung mit Vertretern der Moskauer Presse, der Sieg sei eine Frage der Geschäfte und der Munition. Wer die deutschen Befestigungen oder Abteilungen davon gesehen habe, könne ihre Stärke beurteilen. Die Deutschen hätten ihre Truppenmacht an der Westfront nicht verringert. Es würde Russland schädigen, wenn die Alliierten eine große Offensive im Westen begännen, bevor sie sicher seien, daß sie durchbrechen könnten. Ueber die Dardanellen sagte der Vorkämpfer, daß, als die Türkei den Krieg erklärte, sich Russland an England mit dem Ersuchen gewandt habe, eine Demonstration zu veranstalten, durch die ein Teil der türkischen Truppen vom Kaukasus abgezogen würde. Darauf habe England den Feldzug auf Gallipoli eröffnet, zugleich in der Absicht, die Meerengen zu bezwingen und die russische Aus- und Einfuhr zu sichern. Dadurch sei seine Tätigkeit an der Westfront geschwächt und die Offensive verzögert worden. Der Korrespondent der „Daily Mail“ fügt hinzu: Die Erklärung des Vorkämpfers wurde im ganzen Sympathisch aufgenommen. Da die schlimmsten Wochen der russischen Niederlagen vorüber sind, besteht größere Neigung, Erklärungen für ein Verhalten anzuhören, das man früher unentschuldbar Langsamkeit der Alliierten nannte.

London, 17. August. (W. Z. V.) Ein Leitartikel des „Daily Chronicle“ wendet sich erregt gegen den Petersburger Bericht der „Daily Mail“, in dem gesagt worden war, die Russen fragten, was das englische Dreimillionenheer tue. Das Blatt glaubt nicht, daß irgendeine Gruppe unterrichteter Russen eine so törichte und verkehrte Frage über die Zulänglichkeit der englischen Kriegsführung stelle. „Daily Chronicle“ meint, daß England eine Million Soldaten auf dem Festlande stehen habe, obwohl es niemals versprochen habe, mehr als 100 000 zu senden. Dazu kommen die großen Leistungen der Flotte, der Finanzen, die Ausstattung des nationalen Registers und die Gründung des Munitionsdienstes. Das Blatt bekämpft den Mangel alter Bürokraten im Kriegsamt, der die Arbeit Lloyd Georges erschwere und sagt: Die Regierung bereitet einen langen Krieg vor. Er mag früher enden, als sie annimmt. Aber selbst wenn er länger dauert, wird England in Mut und Zielbewußtsein nicht nachlassen.

Ministerwechsel in Rußland?

Hgm. Kopenhagen, 17. August. „Nyheds Bladet“ erfährt aus hochautoritativer Quelle, daß Ministerpräsident Gore mykin in den nächsten Tagen seinen Posten verlassen wird. Als aussichtsreichste Kandidaten für die Ministerpräsidentenschaft werden der Landwirtschaftsminister Krivoschin und der Oberprokurator des Heiligen Synods Samarin genannt.

Die russischen Gesandten in Sofia und Athen sind aufgesordert worden, ihr Abschiedsgesuch einzureichen.

Auch der Finanzminister Bacz wird voraussichtlich seinen Posten verlassen. Dies bedeutet eine Mittelung der Petersburger Blätter, wonach Bacz die bereits angekündigte Auslandsreise aufgibt und an seiner Stelle ein höherer Beamter des Finanzministeriums abtreten wird.

Angebliche deutsche Spionage in Rußland.

Mailand, 17. August. (W. Z. V.) „Secolo“ läßt sich aus Rom melden, daß nach Nachrichten, die aus London und anderen Hauptstädten des Vierverbandes eingetroffen wären, in Rußland eine weidwärtige deutsche Verschwörung aufgedeckt worden sei. Es scheint erwiesen, daß Deutschland seit mehreren Jahren Agenten unterhalten habe, die ihre Reize selbst bis in die geheimsten Kreise der Landesverteidigung gelpenken hätten. Hauptstützen seien deutsche Junker der baltischen Provinzen an der Verschwörung beteiligt gewesen, denen für den Fall eines deutschen Sieges und einer Annexion Rußlands und Estlands Reichtümer und Ehrenstellen versprochen worden seien. So sei es möglich gewesen, daß der deutsche Generalstab bei Ausbruch des Krieges aufs genaueste über den Bestand der russischen Artillerie und Munition unterrichtet gewesen sei, und darüber Verheißung gewährt hätte, daß nach dem Plan des Generals Suchomlinow die Inbetriebnahme neuer Fabriken bevorstand, durch die die Herstellung von Munition vervierfacht worden wäre. Das sei einer der Gründe für Deutschland gewesen, den Krieg zu überstürzen, da man gewußt habe, daß die russischen Munitionsvorräte in sieben bis acht Monaten erschöpft sein müßten. Die Kriegserklärung Großbritanniens sei aber in Berlin schmerzlich empfunden worden, da England und dessen Verbündeter Japan die Meere beherrschten konnten und die Versorgung Rußlands mit englischer und japanischer Munition gesichert war. Um diesen Vorteil zu beschneiden, wurde die Türkei in die Kriegswirren hineingezogen, so daß Rußland nur noch von Archangelsk und Wladivostok Seesatzung hatte. Man versichert, daß in letzter Zeit mehrere Agenten deutscher Abstammung Komplote angezettelt hätten, durch die die Munitionsfabriken so geschädigt worden seien, daß sie weit weniger Munition herstellen konnten, als vorgesehen.

Regelung der Lebensmittelversorgung in Norwegen.

Kristiania, 16. August. (W. Z. V.) Das Storting hat heute eine Regierungsvorlage angenommen, durch welche die Regierung bis auf weiteres ermächtigt wird, die Versorgung des Landes mit Lebens-, Feuerungs- und Beleuchtungsmitteln sowie mit Futtermitteln und Düngemitteln zu sichern und zu regeln. Dem Staat wird das alleinige Recht für die Einfuhr dieser Waren übertragen. Gleichzeitig wird die Regierung ermächtigt, Bestimmungen über die Anschaffung und Aufspeicherung dieser Waren in den Gemeinden zu treffen.

Deutschland und Amerika.

Frankfurt a. M., 17. August. (W. Z. V.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet: Ein Telegramm aus New York vom 16. August meldet uns, daß die „World“ Briefe veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß die deutsche Regierung große Summen für Propaganda in den Vereinigten Staaten aufgewendet habe und auch für den Versuch, in den Vereinigten Staaten Waffen und Munition zu beschaffen. In Verbindung damit wird der Name des Vorkämpfers und einiger der Vorkämpfer attacheder oder nahefreier Herren genannt. Wir wissen nicht, welche Beweiskraft diese Briefe haben und ob sie gestohlen sind oder nicht. Aber wir nehmen ohne weiteres an, daß zu einer Zeit, wo unsere Feinde Unsummen für die Gewinnung der Presse aller neutralen Länder, leider mit Erfolg, ausgegeben haben und ausgeben, die deutsche Regierung Mittel suchen und finden wird, dieser Miniertätigkeit der Feinde auf dem ihr aufgeschlossenen Gebiete zu begegnen. Wir wären Marten, wenn wir in einem Kriege in dem unsere Feinde mit allen

Mitteln gegen uns arbeiten, an Keuschheit zugrunde gehen wollten. Das wir im Auslande zu kaufen suchen, was wir während des Krieges und zum Kriege bedürfen und brauchen können, und was sonst in die Hände unserer Feinde gelangt, ist so selbstverständlich, daß eine „Enttüllung“ darüber einfach komisch wirkt. Haben doch die Vereinigten Staaten offiziell ausdrücklich erklärt, es liege im Wesen ihrer Neutralität, daß sie uns ebenso gern Waffen und Munition verkaufen würden wie unseren Feinden.

Eine Friedensdemonstration in Chicago.

Amsterdam, 17. August. (W. Z. V.) Die hier eingetroffene „New Yorker Staatszeitung“ berichtet aus Chicago: Am 12. Juli fand hier eine gewaltige Demonstrationssammlung gegen die Waffenexporte, die Anebelung des amerikanischen Seehandels und alle Versuche statt, die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen. Den Vorsitz führte das Kongressmitglied Frank Buchanan, Präsident des „Labour National Peace Council“. Man beschloß, dem Präsidenten Wilson im Kongress einen Protest gegen jede Handlung zu unterbreiten, die die Vereinigten Staaten in die Schreden des Krieges hineinzerrren könnte.

Die politische Situation in Südafrika.

London, 17. August. (W. Z. V.) „Times“ schreibt in einem Leitartikel über Südafrika: Für September stehen Neuwahlen bevor. Die unversöhnliche Vorenpartei ist so zuberstlich, lärmend und böseartig wie immer. Gertog verläßt über einen merkwürdigen Einfluß. Maßgebende Beobachter stimmen darin überein, daß Votha im Freistaat und in Transvaal Siege verlieren wird. Die englischen Unionisten bekämpfen Votha in der inneren Politik. Dazu kommen die beiden Gruppen der Arbeiterparteien, so daß die Partei Vothas von vier Organisationen bekämpft werden wird. Das Blatt spricht die Hoffnung aus, daß Votha trotzdem eine feste Mehrheit behalten wird.

Die japanische Konkurrenz.

Amsterdam, 17. August. (W. Z. V.) Die hier vorliegende „New York Times“ enthält folgenden Bericht aus Singapur: Die Japaner machen sich die allgemeine Handelslage und die hohen Frachttarife zunutze, um im fernem Osten nicht nur den feindlichen, sondern auch den englischen Handel an sich zu ziehen. Dabei kommen ihnen die bedeutende Entwicklung der eigenen Industrie und die gute Handelsflotte sehr zu nützen. Sie können viel billigere Waren liefern als die europäischen Staaten und scheuen nicht davor zurück, durch Handelsmarken geschützte Waren anderer Länder einfach nachzunehmen und, mit derselben Marke versehen, auf den Markt zu bringen. Allein die Einfuhr japanischer Waren nach Indien hat in dem ersten Vierteljahr 1915 um 5000 Proz. zugenommen. Man glaubt, daß die Japaner auf zahlreichen Gebieten dauernd den europäischen Ländern den Rang ablaufen werden.

Politische Uebersicht.

Eine Erklärung des nationalliberalen Zentralvorstandes.

Der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei hat am Sonntag, den 15. August 1915, im Reichstag zu Berlin gesagt und nach eingehenden Verhandlungen mit allen gegen zwei Stimmen folgende Entschliessung gefaßt:

Der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei erklärt in Uebereinstimmung mit den Verhandlungen des Geschäftsführenden Ausschusses und der Landesvorsitzenden vom 16. Mai, daß das Ergebnis des jetzigen Krieges nur ein Friede sein kann, der unter Erweiterung unserer Grenzen in Ost und West und Uebersee ins militärisch, politisch und wirtschaftlich gegen neuen Ueberfall sichert und die ungeheuren Opfer lohnt, die das deutsche Volk bisher gebracht hat und bis zum siegreichen Ende weiterzubringen entschlossen ist.

Der Zentralvorstand dankt seinem Vorsitzenden, dem Abg. Wassermann, einmütig und herzlich für seine vom Vertrauen der gesamten Partei getragene Tätigkeit zur Durchsetzung dieser nationalen Kriegsaufgabe.

Der Zentralvorstand wird mit der gesamten Partei geschlossen hinter jeder Regierung stehen, die diese Ziele mit unbeugbarer Festigkeit verfolgt.

Der Städtetag zur Lebensmittelversorgung.

Berlin, 17. August. (W. Z. V.) Der Nahrungsmittelausschuß des Deutschen Städtetags hat gestern folgenden Beschluß gefaßt:

Der von amtlichen und nichtamtlichen Stellen jetzt vielfach unternommene Versuch, die Städte für die hohen Preise und sonstige Schwierigkeiten des Nahrungsmittelmarktes verantwortlich zu machen, schiebt die Verantwortung einer falschen Stelle zu und ist geeignet, die Entschlußkraft der wirklich verantwortlichen Stellen zu lähmen. Da das Deutsche Reich ein einheitliches Wirtschaftsgebiet ist, so können nur einheitliche Maßregeln des Reichs helfen, die jeder Ware besonders angepaßt sind, zugleich aber die Berücksichtigung örtlicher Verhältnisse ermöglichen.

Die Preisfrage ist einwandfrei gelöst worden, weil die Getreidebeschaffung einheitlich geregelt und nur die örtliche Mehl- und Brotverteilung nach örtlichen Gesichtspunkten erfolgt ist. Ohne eine einheitliche Ordnung für das ganze Reich irren die Städte planlos auf dem Markte umher und erhöhen durch ihre Einkäufe nur die Preise. Auch Höchstpreise für den Kleinhandel können nicht örtlich festgesetzt werden, da ihre Festsetzung die Gefahr der Vertreibung der Ware aus dem Gemeindebezirk mit sich bringt. Ueberdies wird ein entschlossenes Handeln in den örtlichen Instanzen durch gleichzeitiges Eingreifen der verschiedensten militärischen und bürgerlichen Behörden oft unmöglich gemacht. Sind geeignete Grundlagen geschaffen, so werden die Gemeinden sich gern mit aller Hingabe an der Ausführung beteiligen. Dagegen müssen die Gemeinden entschieden die Verantwortung für den Mißerfolg solcher Maßnahmen ablehnen, die den Kern der Sache nicht erfassen, den Gemeinden lediglich formelle Rechte übertragen und ihnen dann eine Verantwortung auferlegen, die nur die mit erschöpfenden Nachmitteln ausgestattete Reichsgewalt trifft.

Gegen die Wucherpreise.

Der Schmeidinger Magistrat erläßt folgende Bekanntmachung:

Es ist festgestellt worden, daß für jede viele Marktwaren wesentlich höhere Preise gefordert werden, als sie gegenüber den Erzeugungsstellen berechtigt erscheinen. Dies ist insbesondere bei Kartoffeln, Butter, Obst und Gurken der Fall.

Wir machen unter Hinweis auf § 5 der Bundesratsbekanntmachung vom 29. Juli 1915, nach welcher übermäßige Preissteigerungen mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft werden können, darauf aufmerksam, daß derartige unberechtigte Wertsteigerungen unnothdftig zur Anzeige gebracht werden sollen. Auch behalten wir uns vor, falls die Marktpreise im allgemeinen nicht herabgesetzt werden, Höchstpreise festzusetzen.

Herabsetzung der Brotpreise.

In einer Versammlung der Kreisdirektoren und Oberbürgermeister der anhaltischen Städte, die im Kreisbureau in Dessau stattfand, wurde eine Herabsetzung der Mehl- und Brotpreise beschlossen. Für das Roggenmehl wurden statt 34 M. 82,50 M. pro Doppelcentner frei Haus inkl. Saal festgesetzt, für Weizenmehl statt 40 M. 34,50 M. Die Mischung des Roggenbrotes wird durch besondere Verordnung geregelt und der Preis für ein 4-Pfund-Brot von 70 auf 60 Pf. herabgesetzt. Diese Preise treten vom 23. August ab in Kraft.

Im ganzen anhaltischen Weizenkreis ist auf Beschluß der Bürgermeister und Amtvorsteher der Brotpreis von 18 auf 16 Pf. pro Pfund herabgesetzt worden.

Da die Getreidehöchstpreise ganz von selbst mit der neuen Ernte im August von 24 M. auf den alten Stand von 220 M. für die Tonne herabgingen, so ist die Brotverbilligung eigentlich selbstverständlich. Es ist vielmehr erstaunlich, daß diese Preisermäßigung noch nicht von allen Gemeinden im ganzen Reich vorgenommen worden ist.

Die Kriegsunterstützung in Dortmund.

Eine Erhöhung der kommunalen Unterstützungen an die Familien der Krieger wurde von der Stadt Dortmund angenommen. Die vermehrte Leistung ist zum Teil erheblich und bedeutet auch keine geringe Belastung der Kommune. Trotzdem kann in Anbetracht der Teuerungsberechnungen von einer genügenden Unterstützung noch immer nicht die Rede sein. Da muß allerdings der Staat eingreifen und mehr leisten. Für die Unterstützung ist in Dortmund ein Tarif aufgestellt, der Zuschläge von 3 bis 4 M. pro Person vorsieht. Die höchste zulässige Unterstützung bewegt sich einschließlich der Reichsunterstützung zwischen 80 M. (Frau allein) und 100 M. (Frau mit 8 Kindern) monatlich, dazu kommt noch die Zahlung der Wohnungsmiete. Im Monat Juni betragen die Ausgaben der Stadt Dortmund an staatlicher Unterstützung rund 387 500 M., an häuslichem Zuschuß einschließlich Miete und Aufwendungen der Kriegsfürsorge 431 700 M., das sind insgesamt über 819 000 M. Die gesamten Ausgaben der Kriegsunterstützungskommission der Stadt Dortmund haben bis Ende Juni über 5 900 000 M. betragen.

Das Klassenwahlrecht.

Wie enttäuschend das Dreiklassenwahlrecht in den Großstädten wirkt, zeigt sich mit wachsender Deutlichkeit an der Wählerliste zu den Röhner Stadtratswahlen. Von 127 618 Wählern gehören zur ersten Klasse 1198, zur zweiten Klasse 14 990, zur dritten Klasse 111 550. Unsere Röhner Parteigenossen, die bei der Reichstagswahl im Stadtkreis Röhren rund 40 000 Stimmen mußten, können bei der öffentlichen Klassenwahl nicht einen einzigen Stadtverordneten erlangen. Die bürgerlichen Stadterordneten verschärfen die Wahlrechtung noch dadurch, daß sie Abstimmungsbezirke verweigern, so daß die Wähler zum Teil mehrere Stunden weit in das Stadtimnere wählen gehen müssen. Auch in diesem Jahre werden die Abstimmungsbezirke nicht eingeführt. Wahrscheinlich werden Zentrum und Liberale die Mandate burgfriedlich unter sich verteilen.

Niedriger hängen.

Die Frau eines Kriegsteilnehmers, der auf dem Schlachtfelde schwer verwundet war, nach längerer Behandlung im Lazarett aber wieder soweit hergestellt war, daß er einem Truppendienst im Garnisondienst überwiesen werden konnte, erhielt von dem früheren Arbeitgeber ihres Mannes folgenden Einschreibebrief:

Eisenbahngesellschaft Biala.
Bezirk Köln a. Rhein.
Einschreiben!
Biala, Bez. Köln, den 7. Juli 1915.
Frau Ring, Duisburg, Weidereich, Bronthorstr. 60.
Wir erlauben Sie hiermit, Ihre in unseren Häusern zu Röttingen innegehabte Wohnung bis zum 15. Juli dieses Jahres spätestens zu räumen. Sollte bis zu diesem Termin die Räumung nicht erfolgt sein, werden wir dieses auf Ihre Kosten vornehmen lassen und uns dann auch für restliche Mieten durch Einbehaltung Ihres ganzen Mobilars schadlos halten.
Hochachtungsvoll
Hauptverwalter der Westdeutschen Eisenbahn-Gesellschaft.

So behandelt eine Firma die schwergeprüfte Familie eines Soldaten. Uebrigens ist dieser Vorgang auch ein Aberaus bezeichnender Beitrag zu dem von vielen Seiten so hoch gepriesenen „Segen“ des Werklohnwesens.

Gefecht zwischen Mexikanern und Amerikanern.

New York, 17. August. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureau. Nach einer Depesche aus Brownsville sind 100 Mexikaner im Dunkel der Nacht bei Mercedes über den Rio Grande gegangen und haben eine Abteilung von 21 Mann amerikanischer Kavallerie umzingelt, einen Mann getötet und zwei verwundet. Die Mexikaner sind entkommen.

Letzte Nachrichten.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 17. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von heute namittag. Ziemlich lebhafter Kanonade auf verschiedenen Frontstellen, besonders in Voeringhe, bei Quennebieres, in Volbringen, bei Aracourt und Reintrey. Handgranatenkampf in den Argonnen bei Fontaines aux Charms und bei Hautchevaux. An letzterer Stelle kamen die Deutschen am Montagabend aus ihren Schützengraben heraus und gingen zum Angriff über. Unser Feuer warf sie in ihre Linien zurück.

Die Baumwollfrage.

Washington, 17. August. (W. Z. V.) (Meldung des Reuterschen Bureau.) Das Staatsdepartement erfährt aus guter Quelle, aber nicht amtlich, daß die Alliierten die Absicht haben, Baumwolle für Baumwolle zu erklären. Die Entscheidung sei bereits gefallen, aber noch nicht bekannt gegeben, weil es notwendig sei, ein einheitliches Vorgehen für alle Alliierten zu vereinbaren. Eine andere Depesche aus Washington besagt, Großbritannien, Frankreich, Rußland, Italien und Belgien seien übereingekommen, Baumwolle für Baumwolle zu erklären. Die Haltung Japans sei noch ungewiß, es werde wahrscheinlich nicht nötig sein, daß es sich jetzt dem Vorgehen anschließe, da in fernem Osten keine deutschen Kolonien seien und deshalb keine Ursache für eine Blockade bestehe. Die Erklärung für Baumwolle werde als im Einklang mit dem Völkerrecht stehend verteidigt werden. Wie verlautet, erwarten die alliierten Mächte einen Protest der Vereinigten Staaten und gedenken sich auf Präzedenzfälle unter Lincoln und Johnson zu berufen. Ersterer habe in den Proklamationen von 1865 erklärt, daß „Material zur Herstellung von Munition“ Baumwolle sei.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Vor der Schlichtungskommission der Militärschneider.

Bei den Verhandlungen der Schlichtungskommission regelmäßig beivohnt, kann interessante Einblicke ins Geschäftsleben tun, die wiederum Schlussfolgerungen ermöglichen auf mancherlei Vorgänge und Erscheinungen im Geschäftsleben. Sicherlich zeigt sich bei kleinen Handwerkern sehr oft ein fühlbarer Mangel an kaufmännischer Schulung und kaufmännischen Gepflogenheiten, was natürlich auf ihren unregelmäßigen Schicksalen hinweist. Besonders mit einer streng geordneten Buchführung hapert es nicht selten und das Befragte sagte in der letzten Sitzung ein Handwerker in die Neuerung zusammen: „In der Regel ist der Handwerker kein Kaufmann“.

In einer Klagefache vertrat K n o p vom Schneiderverband die Arbeiterinnen, eine Mutter mit ihren zwei Töchtern. Sie hatten circa 18 Wochen bei einer Firma gearbeitet und stellten tarifliche Reklamationen. Der Unternehmer behauptete, bei der Mutter habe sich die Manie herausgebildet, den Unternehmer fortwährend vor das Gewerbegericht zu zitieren. Die Frauen hätten ihr Geld nicht verdient, die Mutter insbesondere sei schon alt, 53 Jahre, er habe sie nur aus Mitleid gehalten. — Aber 53 Jahre ist doch noch nicht sehr alt, wurde ihm geantwortet, und ein Beifahrer meinte, in diesem Alter könne man noch heiraten. — Der Vertreter der Klägerinnen machte geltend, daß das Vorgebrachte nur Ausreden seien, Tatsache sei, daß die genannten Arbeiterinnen geübte Schneiderinnen sind. — Es kam eine Einigung zustande, wonach der Beklagte ein Drittel der betreffenden Summe nachzahlte.

Ein Schneidermeister wurde vom Schneiderverband auf 94,50 Mark Reklamation verklagt. Er führte aus, die betreffenden Mädchen hätten nichts getan, während er selbst sich aufhändig gearbeitet habe. — Und da haben Sie die Arbeiterinnen 17 Wochen gehalten? — Der Schneidermeister wollte sodann noch je eine Tasse Kaffee abgeben, die er gespendet habe. Er verlangte dafür pro Woche je 42 Pf. — Ach, die Kaffeegeschichte schalten wir wohl aus, wurde ihm gesagt, so ne Tasse Kaffee wird manchmal gegeben, man will damit die Arbeitslust etwas anspornen. — Die Klage wurde durch Vergleich aus der Welt geschafft. Die Klägerinnen erhalten noch 47,25 M.

Rajor v. G r o e f f vom Bekleidungsamt teilte in der Verhandlung aus mit, daß das Kriegsministerium angeordnet hat: vom 13. August d. J. ab sind die Kemter angewiesen, dafür zu sorgen, daß bei Vorkäufen, d. h. wo die Firmen Stoff usw. selbst liefern, dieselben tariflichen Lohnbestimmungen maßgebend sind, wie dort, wo der Zuschnitt von den Kemtern gegeben wird.

Von der Firma Goldenbaum u. Lichtenstein hatte nach einem Bericht des „Vorwärts“ vom 13. August eine Zwischenmeisterin vor der Schlichtungskommission gesagt: „Mein Mann wurde zum Militär eingezogen und da hat mir die Firma die Pistole auf die Brust gesetzt und 6 M. geboten. Ich habe die Röhre dann für 7 M. übernommen“.

Zu dieser Erklärung schreibt uns Herr Justizrat Peiser im Auftrage der genannten Firma:

Es ist unrichtig, daß die Firma Goldenbaum u. Lichtenstein der in Betracht kommenden Zwischenmeisterin jemals einen Lohn von nur 6 M. für den Uniformrock angeboten habe, richtig ist vielmehr, daß die Firma Goldenbaum u. Lichtenstein entsprechend der Lage aus dem Arbeitsmarkt ihren sämtlichen Zwischenmeistern eröffnet hat, daß sie den bisher gezahlten Lohn von 7,50 M. nicht weiter zahlen, sondern ihn auf 7 M. ermäßigen müsse.

Es ist daher tatsächlich unrichtig, daß der Umstand, daß der Mann der Zwischenmeisterin zum Militär eingezogen, von der Firma Goldenbaum u. Lichtenstein irgendwie ausgenutzt sei, um eine Herabsetzung des Lohnes durchzusetzen.“

Deutsches Reich.

Größere Leistung ohne Gegenleistung.

Die organisierten Vergarbeiter Sachsens haben im Monat März eine Eingabe an die Organisation der Werkbesitzer gerichtet, in welcher u. a. um eine höhere Teuerungszulage nachgehandelt wurde. Die damalige Antwort des Bergbaulichen Vereins für Zwickau und Lugau-Deßnitz lautete ablehnend und verwies auf die Arbeiterausschüsse, welche in solchen Fragen zuständig seien. Die Eingabe selbst wurde den Mitgliedern des Bergbaulichen Vereins in Abschrift übermittelt. Ob sich die Arbeiterausschüsse auf allen Werken mit der Frage eines höheren Lohnes beschäftigt haben, ist nicht bekannt geworden, eine erhöhte Zulage ist aber bis jetzt nicht eingetreten. Die Arbeiter müssen bei geringerer Ernährung Ueber- und Lebensschichten verfahren, um einesteils den Wünschen der Werkbesitzer, mehr Kohle zu schaffen, nachzukommen, andernfalls aber auch um einige Groschen mehr zu verdienen, um von den Familien die äußerste Not fern zu halten, welche der Lebensmittelpreiser mit sich bringt. In letzter Zeit werden die Klagen über ungenügende Löhne wieder häufiger. Je länger der Krieg dauert, desto drückender und fühlbarer wird er auf die Arbeiterfamilien wirken, wenn die Teuerung anhält und die Lohnverhältnisse sich nicht bessern.

Bei einer Besprechung über den sächsischen Kohlenmarkt im März in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ wurde u. a. folgendes ausgeführt:

„Die Vergarbeiter des Zwickauer und Lugau-Deßnitzer Reviers sind neuerdings in Anbetracht der Lebensmittelpreiser mit höheren Forderungen an die Werkverwaltungen herangetreten, zum Teil waren von denselben bereits vorher Vorkäufen zu geschickt worden. Weiteres wird sich in nächster Zeit entscheiden. Die selbstverständliche Folge wird eine Erhöhung der Verkaufspreise in den beiderseitigen Revieren sein, da der letzte Aufschlag die erhöhten Erzeugungskosten nur ungenügend deckte.“

Diese weitere Erhöhung des Verkaufspreises ist seit dem 1. August in Kraft getreten, es müßte nun konsequenterweise auch den Vergarbeitern eine Lohnerhöhung zugebilligt werden. Damit scheint man aber Zeit zu haben. Daß die Vergarbeiter in jeder Beziehung ihre Pflicht erfüllen, wird auch von Unternehmerseite anerkannt. In dem neuesten Bericht über die Lage des Kohlengeschäftes und den Bahnverkehr im sächsischen Bergbau wird mitgeteilt, daß sich ebenso wie im Juni gegen Mai, auch im Juli eine Erhöhung in den Verkaufslagen ergab. Eine Vermehrung an Arbeitskräften sei nicht eingetreten, so daß die Zunahme auf größere Leistung zurückzuführen sei. Berechtigt daß die Vergarbeiter nicht zur Erwartung einer Gegenleistung?

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 303 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde: 1. und 5. Garde-Regiment s. F.; 2. Garde-Reserve-Regiment; Grenadier-Regiment Alexander, Franz, Elisabeth, Augusta und Nr. 5; Garde-Füsilier-Regiment; Garde-Schützen-Bataillon. Lehr-Infanterie-Regiment. Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-Regiment Nr. 3, 4, 8, 9, 11, 13, 18, 19 (f. Inf.-Regt. Nr. 331), 21, 26, 27, 29, 35, 36, 41, 44, 45, 47, 49, 50, 51, 55, 57, 59, 60, 62 bis einschl. 68, 79, 86, 91, 93, 94, 96, 98, 99, 111, 113, 116, 128, 135, 141, 144, 146, 147 (f. Inf.-Regt.

Bürker), 149, 150 (f. Inf.-Regt. Bürker), 153, 156, 159, 163, 165, 168, 169, 170 bis einschl. 174, 176, 186, 190, 331, 333, 334, 336, 342 sowie Regimentern Bürker und v. Kramsta. Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 5, 7, 8, 16, 19, 20, 21 (f. auch Erf.-Inf.-Regt. Runge), 22, 23, 28, 29, 30, 35, 36, 37 (f. Erf.-Inf.-Regt. Leimbach-Berener), 38, 48, 49 (f. Erf.-Inf.-Regt. Runge), 57, 60, 61, 64, 65, 66, 74, 76, 78, 80, 86, 92, 110, 116, 118, 209, 211, 213, 216, 217, 223, 255. Ersatz-Infanterie-Regimenter Königsberg Nr. 2, Leimbach-Berener und Runge. Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 2, 4, 18, 22, 25, 27, 34, 37, 39, 61, 66, 75, 84, 109. Landwehr-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 1. Landsturm-Infanterie-Regimenter Nr. 3 und 20. Feld-Bataillon Süd aus Thorn (f. Inf.-Regt. v. Kramsta). Landwehr-Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 27 (f. Landwehr-Ers.-Inf.-Regt. Nr. 1). Landsturm-Infanterie-Bataillone: Gosel, II Darmstadt, Deutsch-Krone (f. Inf.-Regt. v. Kramsta), Düren, Kreuzburg i. Oberschlesien, III Lauban (f. Inf.-Regt. Nr. 336), Lennep, Limburg, I Ostrova (f. Inf.-Regt. v. Kramsta) II Tilsit, IV Trier. Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillone: I. Allenstein, 2. Gera und Nr. 7 des VII. Armeekorps. Reserve-Jäger-Bataillone Nr. 1, 7, 14, 17, 21, 22. Feld-Maschinengewehr-Bataillon Nr. 86 (f. Inf.-Regt. Nr. 86), 111 (f. Inf.-Regt. Nr. 91), 249 (f. Landw.-Inf.-Regt. Nr. 75).

Kavallerie: Garde-Reserve-Dräger; 1. Garde-Mann (siehe Ref.-Abt. Nr. 43); Kürassiere Nr. 6; Dräger Nr. 10 und 16; Husaren Nr. 2; Ulanen Nr. 6; Jäger zu Pferde Nr. 6 und 12; Reserve-Abteilungen Nr. 43 und 47.

Feldartillerie: 2., 3. und 4. Garde-Regiment (s. f. 1. Garde-Ref.-Feldart.-Regt.); 1. Garde-Reserve-Regiment; Regimenter Nr. 4, 15, 16, 20, 27 (f. auch Ref.-Feldart.-Regt. Nr. 21), 30, 35, 38, 40, 45, 46 (f. Ref.-Feldart.-Regt. Nr. 19), 53, 61, 69, 71, 82, 90, 91, 99, 201, 213; Regiment des General-Gouvernements Brüssel; Reserve-Regimenter 13, 19, 21, 43, 49; 1. Feld-Batterie-Abteilung des 6. Armeekorps; Schießschule (f. 1. Garde-Ref.-Feldart.-Regt.).

Pioniere: Regimenter Nr. 29 und 31; Bataillone: I. Nr. 2, I. Nr. 15, I. Nr. 17, I. Nr. 21, II. Nr. 21, II. Nr. 27; Reserve-Bataillon Nr. 39; Kompagnien Nr. 185, 187, 307; Reserve-Kompagnie Nr. 51; 2. Landwehr-Kompagnie des 4. und 1. des 6. Armeekorps; Abteilung der 2. Kavallerie-Division. Sturmabteilung. Scheinwerferzug Nr. 53. Mittlere Minenwerfer-Abteilung Nr. 184; Schwere Minenwerfer-Abteilung Nr. 43.

Train: Divisions-Brückentrain des 4. Armeekorps. Etappen-Fuhrparkkolonne Nr. 25 der 1. Armee und Nr. 1 (früher 5) des 20. Armeekorps; Ueberplanmäßige Fuhrparkkolonne Nr. 4 der 35. Reserve-Division.

Artillerie-Panitzionskolonne Nr. 2 der 58. Infanterie-Division. Sanitäts-Formationen: Feldlazarett Nr. 6 des 4. Armeekorps; Kriegslazarett Nr. 42.

Der Schluß der bayerischen Verlustliste Nr. 212 bringt Verichtigungen zu den Verlustlisten Nr. 1 mit 185 Vermissten; Verichtigungen früherer Verlustlisten.

Die württembergische Verlustliste Nr. 243 enthält Verluste des Ref.-Inf.-Regt. Nr. 119; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 120, 121; Grenadier-Regt. Nr. 123; Inf.-Regimenter Nr. 124, 127; Ref.-Inf.-Regt. Nr. 247; Landsturm-Inf.-Bat. Ehlingen; Landwehr-Feldart.-Regt. Nr. 2; Landwehr-Sanitäts-Komp. Nr. 31; Verluste durch Krankheiten.

Eingegangene Druckschriften.

Das Forum. Heft 4. Herausgeber: W. Herzog. Monatlich ein Heft. Halb J. R. Selbstverlag, Wilmersdorf.

Italian. Von Ernst Rothar. 20 Heller. — Russensturm. Aus den Kämpfen in den Karpathen von H. Rutra. 20 Heller. Raminendtag, Wien.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein guter Mann, der Restaurateur Anton Kubaczewski am 16. August verstorben ist. Alle, die ihn kannten, werden meinen Schmerz empfinden. Um stilles Beileid bitte die Witwe Fr. Bronislawa Kubaczewski Engelauer 2. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 19. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Michael-Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 31. Juli bei einem Sturmangriff unser lieber Freund und Eatsgenosse Karl Weirauch Unteroff. im 4. Garde-Regt. s. F., 2. Komp. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Paul Freyer, Hermann Vinte.

Reuters Werte 3 Bände 4 Mark Buchhandlung Vorwärts

Deutscher Holzarbeiter-Verband Verwaltung Berlin. Tel.-Amt Moritzplatz 10623, 3578. Bureau: Kungelstraße 30.

Heute Mittwoch, den 18. August, abends 8 1/2 Uhr: Sitzung der Ortsverwaltung.

Freitag, den 20. August, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15: General-Versammlung.

Branchen-Versammlung der Korbmacher. Tagesordnung: 1. Kassenbericht vom 2. Quartal. 2. Bericht der Ortsverwaltung. 3. Ersatzwahl zur Ortsverwaltung und von Angeordneten. 4. Ersatzwahl zum Hauptvorstand. 5. Anträge. Donnerstag, den 19. August, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (Saal 4):

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Linienstr. 83-85. Telefon: Amt Korben 185, 1239, 1987, 9714. Bureau geöffnet von 9 bis 1 Uhr und von 4 bis 7 Uhr.

Achtung! Die Konferenz der Vertrauensleute der Schleifer und Galvaniseure fällt in diesem Monat aus. Die Ortsverwaltung. 118/4

Hermann Martin im Alter von 43 Jahren verstorben ist. Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 19. August, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium, Berlin, Gerichtstraße 37/38, statt. Frau Christine Martin nebst Tochter.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Schöneberg, Bezirk 6. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser langjähriger Mitglied und Bezirksleiter, der Gasanstaltsarbeiter Hermann Martin im Alter von 43 Jahren verstorben ist. 15/10

Hermann Martin im Alter von 43 Jahren verstorben ist. 15/10. Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet morgen Donnerstag, den 19. August, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium in Berlin, Gerichtstraße 37, statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Verband der Irenen Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege Joseph Wirth (Auguststr. 51, Bezirk 6) verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet heute Mittwoch, den 18. August, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Gerichtstr. 37/38 statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Männerchor „Fichte-Georgina 1879“. Als Opfer des Weltkrieges fiel unser lieber Sangesbruder Wilhelm Rodrian. Ehre seinem Andenken! Wie betrauern in dem Gefallenen einen unserer treuesten Freunde, welcher sich stets freudig in den Dienst des Vereins stellte. 92145 Der Vorstand.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin. Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen

Christoph Kropstat vom städt. Gaswert Stühlinger Straße. Ehre seinem Andenken! Beerdigung heute Mittwoch, den 18. August, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reuföllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus. Um rege Beteiligung bei der Bestattung des Kollegen ersucht 35/5 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin. Bezirk Lichtenfelde. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 16. August unser Mitglied, der Fuhrer

Wilhelm Clemens verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 19. August, nachmittags 6 1/2 Uhr, von der Halle des Carl-Friedhofes in Richterfelde aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 141/16 Der Vorstand.

Auswahlenendungen nach anseherhalb gegen Anzahlung. Umtausch gestattet.

Billiger Gummimäntel, lang und halblang, 16.- (statt bis 45.-) Kammmantel 21 1/2 (statt bis 65.-) Seldemäntel, runder, 22.- (statt bis 70.-) Frauenmäntel aus Kollene, Tuch, Kammgarn, 22.- (statt bis 105.-) Beide, bis zu den weiblich Größen

Trauer-Magazin. Größte Auswahl. Auswahleendungen sofort! Zentr. 1880.

Für sofortigen Entschluß: Seapflüschmäntel lang und halblang 105.- 70.- (statt bis 225.-) Reinseldene Pflüschmäntel auf schwerem, reisseldendem Futter (statt bis 180.-) Wollpflüsch-, Krimmer-, Astrachan-Mäntel 48.- (statt bis 105.-)

Den Heldentod fand auf dem Schlachtfeld am 5. August durch Brustschuß mein langjähriger treuer Mitarbeiter Max Guéridon Russtetter im Feld-Inf.-Reg. 82. Ich betraure in dem ebendort Gefallenen den Verlust eines jungen, fleißigen, pflichterfüllten Angehörigen. Sein Andenken bewahre ich in Ehren. 66/18 Hans Fiedler, Lederwarenfabrik, Alexandrinenstraße 76.

Als Erster aus dem Kreise seiner Kollegen fiel am 9. Juni der Maschinendauer Max Fahrenholz (geb. am 21. April 1894 in Sophienstadt, Niederbarnim). Galigen ist seine letzte Ruhestätte geworden. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. 37/11 Die Kollegen der Werkzeugmaschinenfabrik Max Hasse & Co.

Haben Sie Stoff? Ich fertige Ihnen Anzüge od. Paletot nach Maß, solid, dunkel, Teintem von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 5, II. (Städt. Bero.) Vom 12. August ab halte ich wieder persönlich Sprechstunden ab: wochentäglich 5-7, Sonntags 8 1/2-9 1/2. Dr. Ed. Bäumer Arzt für Hautkrankheiten ufm. Friedrichstr. 20. 2157/6

als je zuvor! Für starke Figuren Passendes in allen Abteilungen. Kostüme für Frühjahr u. Sommer, wunderbar Stoffe und Ausführung, Kammgarn, Tuch, Felle 20.- (statt bis 85.-) Herbst-Modelle, einzelne nicht kopierte Reismuster in schwarz, blau, lila, top, kirsch, lange Jackenform m. Glockenröcken, Kammgarn, Tuch usw. 45.- (statt bis 220.-) Einsegnungs-Kleider zu ganz niedrigen Preisen, in höchsten neuzeitlichen Ausführungen. 900.- 680.- 350.- 185.-

Die Lebensmittelteuerung

vor der Budgetkommission.

Die Budgetkommission des Reichstags begann am Dienstag die Besprechung der Denkschrift der Regierung über die getroffenen wirtschaftlichen Maßnahmen.

Staatssekretär Delbrück gibt einen Rückblick über die Maßnahmen auf dem Gebiet der Nahrungsmittelversorgung. Höchstpreise führen nur zum Erfolg, wenn die Möglichkeit der Beschlagnahme besteht oder wenn der Handel organisiert ist. Die Schaffung der Kriegsgemeinschaften bürgt für eine geordnete Versorgung. Die Enteignung zugunsten der Kommunalverbände war der einzige Weg, auf dem Schwierigkeiten in der Versorgung sich beseitigen ließen; die Zentralisation verlagte auf diesem Gebiete vollständig. Den Austausch zwischen den Verbänden besorgt die Kriegsgemeinschaft. Die Aufsicht durch den Reichskommissar sichert den Einfluß des Reiches. Der Nebner schildert eingehend den organisatorischen Aufbau der geschaffenen Einrichtungen, bei denen alle Interessenten durch eine Vertretung berücksichtigt sind. Um die Rationen zu erhöhen, seien zwei Wege gangbar, entweder die einfache Erhöhung oder die Aenderung des Auswahlverhältnisses. Letzterer Weg werde zunächst besprochen werden; bei nicht so starker Ausmahlung wird das Mehl besser und man erhält bessere Kleie, was wieder von Einfluß ist auf die Fleischproduktion. Mit Sicherheit dürfe außerdem angenommen werden, daß in kurzer Zeit auch eine Erhöhung der Rationen eintreten werde. — Höchstpreise für Mehl sind nach Ansicht der Regierung nicht nötig, weil die Kommunalverbände ihr Getreide selbst ausmahlen lassen und kein Interesse an der Verteuerung des Mehles haben. Gerste und Hafer müßten anders behandelt werden; hier blieb nur der Weg der Beschlagnahme. Die Festsetzung hoher Preise sollte der Landwirtschaft einen gewissen Ausgleich dafür bieten, daß die Getreidepreise nicht erhöht wurden. — Die Futtermittelversorgung bietet gewisse Schwierigkeiten, weil eine Einfuhr völlig ausgeschlossen sei. Deshalb seien umfassende Maßnahmen ergriffen worden. Erzeugnisse nutzbar zu machen. Aus Rumänien könnten Futtermittel bezogen werden. Es bestehe aber für das Reich nicht der mindeste Anlaß, die hohen Ausfuhrprämien zu bezahlen. — Daß eine

Beschlagnahme der Kartoffeln

nicht durchgeführt wurde, hänge mit den Erfahrungen zusammen, die man im Vorjahre mit dem Kartoffelhandel gemacht habe. Zunächst sei abzuwarten, wieviel Kartoffeln wir haben. Tritt dann wieder eine Spekulation ein, dann müßte ihr durch entsprechende Höchstpreise begegnet werden. Besondere Schwierigkeiten bietet die Festsetzung von Höchstpreisen für Milch, weil man den Produzenten nicht zwingen könne, Milch zu verkaufen; er könne auch andere Produkte herstellen. — Der Gedanke werde momentan erwogen, den Verkauf von Fleisch auf bestimmte Zeiten festzusetzen. Die Festsetzung von Höchstpreisen für Fleisch durch das Reich sei nicht möglich; man müßte daran denken, zu diesem Zwecke kleinere Bezirke zu bilden. Man könnte eventuell auch den Viehhandel zwingungsweise organisieren. Alles das schließe aber doch nicht aus, daß immer wieder Bücher geschrieben wird. — Die Versorgung der Stadt Strahburg mit Gemüse könne als vorbildlich bezeichnet werden. Dieses Beispiel zeige, was eigene Initiative vermöge. Aufgabe der Presse wäre es, den Widerstand der Bevölkerung gegen Erzeugnisse Nahrungsmittel zu brechen.

Graf Westarp hebt hervor, daß wir mindestens noch ein Jahr mit der jetzigen Wirtschaftsweise auskommen müssen. In den weitesten Kreisen herrscht eine empfindliche Notlage, hervorgerufen durch Verteuerung der Lebensmittel um 50 bis 100 Proz. Die Presse müsse beruhigend und aufklärend wirken. Man dürfe nicht immer der Landwirtschaft die Schuld an der Teuerung beimeßen. Ausnahmen gebe es überall, auch unter den Landwirten, aber die Landwirtschaft im ganzen verbleibe die erhobene Wortwurde nicht. Die Regierung müsse feststellen, wo die Schuld an der Verteuerung liege und das Ergebnis dieser Untersuchungen müßte der Öffentlichkeit unterbreitet werden. Zwischen Mehl- und Getreidepreisen bestehe ein schreiendes Mißverhältnis. Bei den jetzigen Getreidepreisen bringe die Landwirtschaft ein ganz enormes Opfer. Die Herabsetzung der Weizenpreise sei dringend erforderlich; die Mühlen ziehen Profite, die in keiner Weise berechtigt seien. Daß die Kommunalverbände Höchstpreise für Mehl festsetzen dürfen, ist nicht ausreichend; es müsse generell festgesetzt werden, wie hoch die Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreisen sein dürfe. — Die Fleischfrage sei eigentlich nichts weiter als eine Futterfrage. Die Reichs-Einlaufsgesellschaft müsse bestrebt sein, soviel Futtermittel als möglich hereinzubringen, auch dann, wenn mit einem Verlust beim Verkauf zu rechnen sei. Der Bezug von Getreide und Futtermitteln aus Rumänien sei aber unter den jetzigen Verhältnissen absolut nicht zu empfehlen. Die Bestrebungen auf Erhöhung der Milchpreise seien in den gesteigerten Produktionskosten der Landwirtschaft begründet.

Staatssekretär Delbrück verteidigt die Verordnung des Bundesrats gegen den Bucher und betont, daß eine Verschärfung nach der Richtung hin in Aussicht genommen werde, den Bucherern die Befugnis zur Ausübung des Gewerbes auf einige Zeit zu untersagen und ihnen unter Umständen die bürgerlichen Ehrenrechte abzuerkennen.

Ein Regierungsvertreter gibt sodann eine Uebersicht über die Ernte-Ergebnisse. So weit sich die Resultate jetzt schon übersehen lassen, ist die Anbaufläche und der Ertrag gestiegen. Zurückgegangen ist der Anbau von Futterrüben, Delbrüden und Sypfen. Die Getreideernte ist mittel bis gut, die Kartoffelernte gut. — Nebner erörtert dann die Maßnahmen zur Hebung des Mangels an Futtermitteln.

Unterstaatssekretär Michaelis bespricht eingehend die Gestaltung der Mehlpreise. Nebner bestreitet, daß der Gewinn der Mühlen zu hoch sei. Daß die Grohmühlen besonders herangezogen werden, habe seine Ursache in der größeren Leistungsfähigkeit. Eine wesentliche Herabsetzung der Mehlpreise könne nicht in Aussicht gestellt werden.

Abg. Hoch stellt fest, daß die sozialdemokratische Presse mit ihrem Protest gegen den Lebensmittelwucher nur ihre Pflicht getan hat. Leider ist es die Zensur, die die Presse an ihrer Aufgabe hindert, Aufklärung in die Masse zu tragen. Hat man doch sogar die Verbreitung von Parlamentsreden verhindert. Erste Voraussetzung für die Aufklärung der Massen des Volkes ist Pressefreiheit. Die Regierung möge sich anlegen sein lassen, die Militärverwaltung über die Aufbewahrung der Lebensmittel zu unterrichten, damit nicht, wie in Köln, große Mengen Lebensmittel vernichtet werden müssen. Die möglichst große Zufuhr von Futtermitteln ist nötig; gegen finanzielle Aufwendungen des Reiches zu diesem Zweck ist nichts einzuwenden. Weim

Kartoffelwucher

hat sich klar erwiesen, daß die Spekulation wesentlich zur Preistreiberi mit beigetragen hat; deshalb muß man Höchstpreise rechtzeitig festsetzen. Man muß den kleinen Leuten die Möglichkeit bieten, sich Kartoffelvorräte anzuschaffen; dort werden sie gewiß nicht verderben. Worin liegt die Ursache für die enorme Verteuerung des Kartoffelmehles? Es ist nötig, daß der Bevölkerung mehr und mehr besseres Mehl zur Verfügung gestellt wird. Die Höchstpreise für Getreide hätten herabgesetzt werden müssen. Die Bevölkerung kann einfach die jetzigen Preise nicht mehr erzhwingen. Das Verhältnis zwischen Mehl- und Getreidepreisen ist ganz unbillig; den Mühlenbesitzern schenkt man enorme Gewinne zu. Nebner kritisiert scharf das preis-

treibende Wirken gewisser Händlergruppen. Viele Arbeiter sind gar nicht in der Lage, das Konfervenfleisch zu bezahlen. Die Obsterte ist schon jetzt zum großen Teil in den Händen der Händler, die die Preise dann wieder in die Höhe treiben. Den Gemeinden müßten Mittel zur Verfügung gestellt werden, um Lebensmittel einlaufen zu können.

Staatssekretär Dr. Delbrück versichert, daß seine ganze Sorge sich seit Monaten nur auf die Probleme der Volksernährung konzentriere. Am guten Willen der Regierung möge man nicht zweifeln. Anzuerkennen ist, daß die sozialdemokratische Presse teilweise sehr sachkundig geurteilt habe, man dürfe aber nicht alles vom Konumentenstandpunkt aus beurteilen. Die Erhütterung unter der Bevölkerung beruhe zum Teil auch auf falschen Voraussetzungen. Dem Bucher könnte man weit mehr zu Leibe gehen, wenn das Publikum Anzeigen erstatten würde, anstatt die hohen Preise zu bezahlen. Der Obstwertung haben sich große Schwierigkeiten in den Weg gestellt. Die Organisation des Handels muß Sache der Gemeinden sein.

Präsident Raut bespricht die Preisbildung für Kartoffelpräparate, die in nächster Zeit billiger werden. Die Verteuerung des Zuckers war nur vorübergehender Natur. Zuckerknappheit habe nie bestanden.

Abg. Dr. Quard: Die Vertretung der Konsumenteninteressen muß bei den oberen Stellen verstärkt werden. Besonders müßte man die Konsumvereine mehr heranziehen. In den Grohmühlen müßte die Nacht- und die Sonntagsarbeit ausgeschaltet werden. In der Brotversorgung hat man unbedingt agrarische Tendenzen begünstigt. Verteuernd wirkt, daß den Kommunalverbänden Kommissionsgebühren auferlegt sind. Die sozialdemokratische Presse hat aufklärend gewirkt, das ist aber durch das Treiben der Lebensmittelwucherer sehr erschwert worden. Die Reichsbehörden müssen auf die Gemeindebehörden einwirken, damit sie die Initiative zur besseren Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ergreifen. In vielen Familien ist die Ernährung absolut unzureichend. Wenn nicht sofort umfassende Maßnahmen getroffen werden, dann erleben wir im Herbst abermals eine Preistreiberi. Mindestens müßten Richtpreise eingeführt werden, die den Gemeinden dann einen gewissen Spielraum in der Festsetzung der Preise lassen. Nebner erörtert dann eingehend die unter Leitung des Bundes der Landwirte in Stuttgart betriebene Preissteigerung für Milch. Erwägenswert wäre vielleicht, den Besitzern von Milchkuhen besondere Futterrationen zuzuteilen. Die Bucherordnung des Bundesrats hat solange keinen Zweck, solange die Justizbehörden nicht energisch eingreifen.

Staatssekretär Dr. Delbrück findet den Vorschlag, Milchproduzenten besondere Futterrationen zu überweisen, für sehr beachtenswert, nur stehen dem praktische Schwierigkeiten im Wege.

Die Mühlenangelegenheiten werden einer Subkommission überwiesen.

Nächste Sitzung Mittwoch.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Aus dem Wahlkreis Duisburg-Wülheim-Dorhan-Hamborn wird uns geschrieben: Das Pressebureau verbreitete am Sonntag einen Bericht über die Stellungnahme des Wahlkreises Duisburg zur Fraktionspolitik. Angeichts der eigenartigen Umstände, die bei dieser Stellungnahme obwalteten, möchten wir Sie bitten, auch die beiliegenden Bemerkungen der Redaktion der „Niederelbischen Arbeiterzeitung“ der Parteipresse mitzuteilen. Die Sitzung der Filialleiter, die am 8. August getagt hat, und die vorstehende Resolution kamen in einer Weise zustande, daß ein Wort der Aufklärung geboten erscheint. Während bisher die Sitzungen der Filialleiter (erweiterter Kreisvorstand) stets durch den aus sechs Genossen zusammengesetzten engeren Kreisvorstand anberaumt und die Tagesordnung festgesetzt wurde, geschah dies bei der fraglichen Sitzung nicht. Vielmehr setzte der funktionierende Vorsitzende Ahlbrink den Sitzungstermin eigenhändig fest und ließ auch den schriftlichen Protest dreier Vorstandsmitglieder gegen die nicht ordnungsmäßige Anberaumung der Sitzung unberücksichtigt. Vielleicht war es dem funktionierenden Vorsitzenden nicht einmal unangenehm, daß zwei der Protestler, von denen einer obendrein mit der Richterstattung über die Tätigkeit der Bezirksleitung beauftragt war, in ihrem Einspruch angeführt hatten, sie seien am Erscheinen verhindert. Gehören doch die beiden zur sogenannten Minderheit der Partei.

Nicht genug damit wurde von dem funktionierenden Vorsitzenden ein Genosse als Vertreter einer Filiale zugelassen, die er (der funktionierende Vorsitzende) selbst vertrat. Dadurch sicherte man sich eine weitere Stimme für die Mehrheit. Außerdem wurde ein anderer Genosse (natürlich ein Anhänger der sogenannten Minderheit) herangezogen und zugelassen, obwohl er rechtmäßiger Stellvertreter eines am Erscheinen verhinderten Genossen war. Dann dieser Methoden, die bereits den engeren Vorstand beschäftigten und zur Entcheidung des bisherigen funktionierenden Vorsitzenden von seinem Posten geführt haben, und dann des Umstandes, daß eine Anzahl Anhänger der Minderheit der Sitzung ferngeblieben war, kam das Vertrauensvotum für die Fraktion zustande. Wie die wahre Stimmung der Genossen des Kreises ist, haben frühere Abstimmungen der Filialleiter außerdem die gegen die Fraktionsmehrheit gerichteten Entschlüsse der stark belustigten Parteierkennungen in Duisburg (Gasse-Versammlung) und in Hamborn (Verten-Versammlung) sowie eine Versammlung in Wülheim gezeigt.

Das serbische Parteiblatt eingegangen.

Unser serbisches Parteiblatt „Radnička Rovina“ ist den Verfolgungen der Behörden erlegen. In einem Rundschreiben teilt die Parteileitung mit, daß keine Möglichkeit mehr bestehe, das Blatt weiter zu halten. Durch seine mutige Haltung, Aufdeckung der Willkür der Verwaltungsorgane, der Benachteiligung und Ueberwucherung des Volkes, durch seine scharfe Opposition in der Kriegesfrage wurde das Blatt den Regierenden zu unabweim. Zuerst kam das Verbot der Verbreitung in ganz Neu-Serbien, dann wurde das Verbot auf die Kriegeszone erweitert. Diese letzte Verfügung hat der Zeitung den Todesstoß verlehrt. Neu-Serbien und die Kriegeszone — das ist ganz Serbien, viel bleibt da nicht mehr übrig. Auch die Hauptstadt gehört danach zur Kriegeszone! Unter solchen Umständen ist das Weitererscheinen der Zeitung zur Unmöglichkeit geworden. Kein Zweifel kann darüber bestehen, daß die mit solchem Mut und solcher Ausdauer kämpfenden serbischen Genossen sich auch der neuen Situation gewachsen zeigen werden.

Aus Industrie und Handel.

Unberechtigte Vorwürfe.

Uns wird geschrieben: Durch die Presse geht ein längerer Aufsatz des „Secretariats des Verbandes Thüringer Konsumvereine“, in welchem der Zusammenschluß der gesamten Kommunalverbände der Thüringer Staaten zu einem einzigen Versorgungsgebiet befürwortet wird. Bei dieser Gelegenheit wird, anscheinend um die Forderungen des Verbandes zu unterstützen, auf die frühere Entwicklung der Kriegsgetreideversorgung unter dem Regime der A.-G. zurückgegriffen und dabei werden die bekannnten, gegen die A.-G. erhobenen Vorwürfe wieder aufgetischt. So wird z. B. davon gesprochen, daß

die A.-G. „die überschüssigen Getreidemengen der ländlichen Kommunalverbände oft weit fortgeschafft habe, während dicht daneben liegende städtische Zuschauverbände das Mehl ebenso weit oder noch weiter heranholen mußten. Durch dieses Verfahren sei das überall so notwendige Wagenmaterial der Eisenbahnen zwecklos in Anspruch genommen und das Mehl ganz unnütz verteuert worden.“ ... Der Vorwurf von dem „Spazierenfahren“ des Getreides im Lande wird dadurch entkräftet, daß die von der A.-G. aufgestellte Gesamtstatistik ergeben hat, daß das von ihr bewirtschaftete Getreide durchschnittlich 150 Kilometer weit bewegt worden ist, was einem Eisenbahnfrachtfuß von etwa 0,80 M. für den Doppelzentner entspricht. Diese Bewegung der Getreidemengen bei der Versorgung der deutschen Bevölkerung darf als sehr gering bezeichnet werden. Sie ist jedenfalls wesentlich geringer, als die in Friedenszeiten übliche Getreideverschiebung. Im übrigen ist nur richtig, daß die A.-G. in der ersten Zeit nach Uebnahme der Heeresversorgung, als sie mit noch völlig ungeschultem Personal nur mit äußerster Anstrengung in der Lage war, den an sie heranrückenden Aufgaben gerecht zu werden, in 47 von der Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresversorgung ermittelten Fällen Getreide aus Bezirken mit höheren Preisen in solche mit niedrigeren Preisen verschickt hat. Die Anforderungen der Zentralstelle für Heeresversorgung waren damals äußerst dringend. Alle diese Fälle liegen vor dem 10. Februar 1915. Damals hatte die A.-G. noch keine Vorräte, die Zufuhren waren noch recht spärlich. Die A.-G. kämpfte im Interesse der Heeresversorgung und der Versorgung der großen Verbrauchsmittelpunkte gegen die Bestrebungen der örtlichen Verwaltungsstellen, das Getreide zurückzuhalten. Die 47 „unwirtschaftlichen“ Dispositionen bilden nur 0,66 Proz. der von der A.-G. bis zum 18. Mai 1915 für die Heeresverwaltung getroffenen Getreidebefugungen überhaupt. Es bleibt dem vorurteilsfreien Leser überlassen, darüber zu urteilen, ob man aus diesem ausnahmsweisen Verfahren der A.-G. eine allgemeine „unnütze“ Verteuerung des Mehles herauskonstruieren darf. ...

Auf die zweite Kriegsanleihe waren bis zum 14. August 8999,6 Millionen Mark eingezahlt gleich 98,8 Proz. der Gesamtzeichnung. Gegenüber dem 7. August beträgt der Zuwachs 20 Mill. Mark. Trotzdem sind die von den Darlehenslassern für die Zwecke der zweiten Kriegsanleihe hergegebenen Darlehen um 23,6 Millionen Mark geringer geworden und umfassen nur noch einen Betrag von 291,7 Millionen Mark.

Der Verband des Stahlwerksverbandes ist gegen den Vormonat zurückgegangen. Er betrug im Monat Juli 1915 insgesamt 258 092 Tonnen (Rohstahlgewicht), gegen 318 952 Tonnen im Juni 1915 und 470 422 Tonnen im Juli 1914. Hiervon entfielen auf Halbzeug 61 768 Tonnen, gegen 77 804 Tonnen im Juni. Auf Eisenbahnoberbaumaterial 118 787 Tonnen, gegen 154 730 Tonnen. Auf Formeisen 77 587 Tonnen, gegen 86 412 Tonnen.

Aus Groß-Berlin.

Preisbildung auf dem Lebensmittelmarkt in Groß-Berlin.

Die Preise auf dem Lebensmittelmarkt sind nicht nur recht hohe, sondern sie sind selbst in Groß-Berlin noch sehr verschieden. Diese Preisunterschiede sind oft sehr groß. So kosteten nach den soeben erschienenen Preisaufstellungen des Berliner Polizeipräsidenten für Juli im Landespolizeibezirk Berlin: im Großhandel gelbe Kichererbsen in Berlin 120,75 M., in Schöneberg-Wilmersdorf (dem vornehmen und als teuer beschriebenen Westen) aber nur 108,60 M. Auch weiße Speisebohnen waren im Westen Groß-Berlins bedeutend billiger als in der Reichshauptstadt selbst, für 100 Kilogramm wurden in Berlin 125 M., in Schöneberg-Wilmersdorf aber nur 116 M. gezahlt. Linsen wurden im Juli nur in Berlin mit 150 M. der Doppelzentner verzeichnet.

Rund die Preise im Kleinhandel! Nach einer in verschiedenen Blättern abgedruckten Zusammenstellung — wir zitieren nach den „Neuesten Nachrichten“ — kostete 1 Kilogr. gelbe Kichererbsen in Berlin 1,33 M., in Charlottenburg 1,35 M., in Schöneberg-Wilmersdorf nur 1,29 M., in Neukölln, der Arbeiterstadt, dagegen 1,40 M., in Lichtenberg waren sie am billigsten mit 1,20 M. Für weiße Speisebohnen wurden nach den Mitteilungen des Polizeipräsidenten im Kleinhandel bezahlt: in Berlin 1,42 M., in Charlottenburg 1,40 M., in Lichtenberg nur 1,20 M., in Schöneberg-Wilmersdorf 1,38 M., in Neukölln wieder am höchsten 1,40 M. Hier ist also die auffällige Tatsache zu verzeichnen, daß Erbsen und Bohnen im feinen Westen, wo sie vielleicht weniger geessen werden, billiger sind als in der von schwer arbeitender Bevölkerung bewohnten Stadt Neukölln, während sie wiederum in der gleichfalls vorwiegend von Arbeiterbevölkerung bewohnten Stadt Lichtenberg am billigsten sind. Das sind in dem eine wirtschaftliche Einheit bildenden Groß-Berlin Preisbildungen, die doch als willkürlich bezeichnet werden müssen.

Sehr groß sind auch die Preisunterschiede bei den alten und neuen Kartoffeln. Im Großhandel wurden für alte Kartoffeln im Juli folgende Preise verzeichnet: in Berlin 13,18 M. für 100 Kilogramm, in Charlottenburg 12 M., in Schöneberg-Wilmersdorf 12,50 M., in Neukölln nur 10,90 M. und in Lichtenberg dagegen 11,33 M. Für neue Speisekartoffeln wurden bezahlt: in Berlin 21,75 M., in Schöneberg-Wilmersdorf dagegen 25 M., in Neukölln 22,20 M. und in Lichtenberg 24,20 M. Im Kleinhandel waren die Preise für 1 Kilogramm alte Kartoffeln: in Berlin 15 Pf., in Charlottenburg nur 11 Pf., in Schöneberg-Wilmersdorf 13 Pf., in Neukölln 11 Pf. und in Lichtenberg 12 Pf. Für neue Kartoffeln waren die Preise in derselben Reihenfolge: 26, 23, 28, 25 und 24 Pf.

Eine gemeinsame Sitzung des Nahrungsmittel-Ausschusses und des Ausschusses für Mollereiprodukte und Fettwaren der Berliner Handelskammer beschäftigte sich Montagabend mit dem Erlaß des Handelsministers gegen die übermäßige Steigerung der Preise für Getreide und die täglichen Bedarfs. Ueber die Stellungnahme der beiden Ausschüsse wird folgendes mitgeteilt:

An Hand der Einkaufspreise und des Zwischengewinnes soll der Nachweis geführt werden, daß der Handel keine Schuld an dem erhöhten Preisstande trägt. Es wird des weiteren nachdrücklich bewiesen werden, daß seit Beginn des Krieges der Nutzen des Groß- und Kleinhandels in keinem Verhältnis zu dem in normalen Zeiten erzielten Gewinn steht. Höhere Gehälter und Spesen, die in der Natur der Sache begründet sind, schränken nicht nur den notwendigen Verdienst ein, sondern verlangen direkt Opfer von den Geschäftleuten. Unter diesen Umständen wird von der Handelskammer erwartet, daß sie den ordnungsmäßigen Handel gegen die ungerichteten Angriffe wegen Preistreiberi und Bucherei in Schutz nimmt.

Das ist selbst dem „Sokal-Anzeiger“ zu stark, er schreibt:

„Wenn Kaufleute, die sich bewußt sind, ihrerseits sich keiner Freitreiberei schuldig gemacht zu haben, dagegen Einspruch erheben, daß man sie mit den Freitreibern in einen Topf wirft, so kann man das verstehen. Aber die Tatsache der Freitreiberei selbst wird dadurch natürlich nicht aus der Welt geschafft.“

Es wäre wünschenswert, daß die ehrenhaften Kaufleute, die sich gegen den Vorwurf des Freitreibens verwahren, mit aller Entschiedenheit gegen die vom Abgeordneten Fischel im Reichstage gekennzeichneten Handelschmarozker Stellung nähmen und auf Grund ihrer sachmännischen Kenntnis der Verhältnisse Mittel angaben, um jenen Herrschaften das Handwerk zu legen. Und es wäre ferner wünschenswert, wenn die Handelskammern, die Besten der Kaufmannschaft und die freien kaufmännischen Verbände ihre oft bewährte Tüchtigkeit in der Weise in den Dienst der Allgemeinheit stellten, daß sie geeignete Mittel und Wege zur möglichst weitestgehenden oder zum mindesten Milderung der Leuzerung angaben. Die Möglichkeit, in dieser Richtung gute Erfolge zu erzielen, steht außer Zweifel, nachdem für eine ganze Reihe der wichtigsten Gegenstände des täglichen Bedarfs nachgewiesen ist, daß ein tatsächlicher Mangel an Ware nicht besteht.“

Wichtig wäre, wenn die Reichsregierung sich das wirtschaftliche Programm zu eigen gemacht hätte, das vom sozialdemokratischen Parteivorstand und der Generalcommission vorgeschlagen worden ist.

Wir möchten aber auch mit aller Entschiedenheit und gegen die Verläuche wenden, die ungeheuerer Freitreiberei auf dem Lebensmittelmarkt irgendwie zu beschönigen. Die Tatsache besteht und auch die Organisationen des Handelsstandes hätten alle Ursache, an einer Besserung auf diesem Gebiete mitzuwirken, als sich lediglich auf eine Abwehr gegen angeblich ungerechtfertigte Angriffe auf den Handel zu beschränken.

Zur städtischen Gemüseversorgung Wilmersdorfs haben die dortigen Obst- und Gemüsehändler am Montagabend in einer im Viktoriagarten abgehaltenen Besprechung Stellung genommen. Die Besprechung führte zunächst zur Begründung eines „Vereins der Obst- und Gemüsehändler in Wilmersdorf“, für den der Vorstand sofort gebildet wurde. Die Versammlung erklärte sich nach längerer, lebhafter Erörterung schließlich mit den Vorschlägen des Magistrats einverstanden. In einer weiteren Besprechung mit Vertretern des Magistrats sollen die Grundlagen für die Versorgung Wilmersdorfs mit billigem Obst und Gemüse eingehender erörtert werden. — Von anderer Seite wird dagegen behauptet, daß die Wilmersdorfer Gemüsehändler im Verein mit den Ladenbesitzern jede Teuerung bestritten, und deshalb eine Verteilung am städtischen Gemüseverkauf abgelehnt hätten. Allenfalls seien sie bereit, im Winter Kohl, Rüben und einiges andere vom Magistrat zu beziehen, vorausgesetzt, daß er gute und preiswerte Ware liefert.

Was darauf hinausläuft, die Maßnahmen der Gemeinde Wilmersdorf zu hintertreiben.

Aus der städtischen Kunstdeputation.

Nachdem bereits im vorigen Jahre die Kunstkommission der Stadt Berlin für Ankäufe von Kunstwerken, insbesondere diesmal von solchen Künstlern, die durch den Krieg unmittelbar oder mittelbar in wirtschaftliche Bedrängnis geraten sind, 37 000 M. verwendet hat, ist auch in diesem Jahre neben der Summe von 12 000 M. für (die inzwischen erfolgten) Ankäufe auf der Großen Berliner Kunstausstellung der Betrag von 25 000 M. für eben jenen Zweck zur Verfügung gestellt worden. Die Ankäufe sind dieser Tage von einer Kommission unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reiche zum Gesamtwerte von 20 000 M. vorgenommen worden. Es konnten dabei 33 Künstler berücksichtigt werden, auch war infolge vorangegangener Aufforderung an alle hier bestehenden größeren Kunstverbände Vorarbeit getroffen worden, daß möglichst alle Kunststrichungen dabei Berücksichtigung fanden. Der Restbetrag soll demnächst in gleicher Weise Verwendung finden.

Inzwischen ist in dieser Betrag erfreulicherweise durch die hochherzige Spende eines Mitbürgers, den man bei allen Anlässen zu besonderer Wohlthätigkeit in der vordersten Reihe zu finden gewohnt ist, um 20 000 M. vermehrt worden.

Sinausschraubung der Milchpreise.

Der Verein märkischer Milchproduzenten hat folgendes Schreiben verfaßt: „Bei der Geschäftsstelle in Berlin ist dauernd Nachfrage nach Milch, dagegen von unseren Mitgliedern wenig Angebot. Wir raten wiederholt, nicht unter 20 Pf. ab 21 resp. 22 Pf. frei Berlin gerechnet zu verkaufen und gegebenenfalls sich an die Geschäftsstelle zu wenden. Milchpreise heute 24 Pf. ab 23 ab 22 ab 21 ab 20 ab 19 ab 18 ab 17 ab 16 ab 15 ab 14 ab 13 ab 12 ab 11 ab 10 ab 9 ab 8 ab 7 ab 6 ab 5 ab 4 ab 3 ab 2 ab 1 ab 0.“ Danach scheinen diese Herren mit einer weiteren Erhöhung der Milchpreise zu rechnen. Man fragt unwillkürlich: Wie lange soll diese Schraube ohne Ende in Anwendung kommen? Ist denn wirklich das Publikum diesen Freitreibereien gegenüber ohne jeden Schutz?

Ein neuer Schwindlertrick.

Einen Kriegsschwindel besonderer Art betrieb ein 35 Jahre alter früherer Schneider Karl Voigt, der schon wiederholt, auch mit Zuchthaus bestraft ist. Voigt machte sich auf der Straße an Feldgrauen heran, denen er ansah, daß sie schon im Felde gewesen sind. Er wies sie darauf hin, daß es mehrere Wohlfahrtsstellen gebe, an denen gesunde Krieger mit barem Gelde oder auch mit Kleidung und anderen Sachen unterstützt würden. Zunächst führte er sie nach der Heßbelliner Straße, wo ihnen Kleidungsstücke ausgehändigt wurden. Dann gab er ihnen eine Stelle an, wo es bar Geld gebe. Zuerst erbot er sich, ihnen bis zur Mitternacht von jener Stelle die Kleidungsstücke zu verwahren. Sobald aber die Leute den Rücken gewandt hatten, verschwand er mit ihren Sachen, um sie an Kleinhändler oder in Anzügen zu verkaufen. Eine Frau, die von diesem Schwindel hörte und gestern nachmittag einen Feldgrauen in Begleitung eines Zivilisten in der Heßbelliner Straße sah, ließ den Soldaten durch ihre Tochter warnen, verfolgte sie mit ihm später den Gauer, ermittelte ihn in einer Schankwirtschaft in der Veteranenstraße und ließ ihn festnehmen. Die Kriminalpolizei führte Voigt dem Untersuchungsrichter vor.

Trauerkutsche gegen einen Straßenbahnwagen.

Ein Zusammenstoß einer Trauerkutsche mit einem Straßenbahnwagen ereignete sich am Montagvormittag gegen 1/7 Uhr an der Ecke der Neuen König- und Linienstraße. Dort bog der Lenker einer Trauerkutsche der Firma Braun vor einem von Weihensee her kommenden Straßenbahnwagen der Linie 17 auf das Gleis und wurde angefahren. Infolge des Anpralls stürzte der Kutscher gewaltig vom Wod; er erlitt eine Kopfverletzung. Einer der Insassen der Kutsche, ein Herr Dreißhof, trug einen Armbruch davon, während die übrigen Passagiere nur ganz geringfügige Verletzungen erlitten.

An der Ecke der Bad- und Hochstraße fuhr Montagabend gegen 1/3 Uhr der Arbeiter Robert Scholz auf einem Zweirade vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 5 auf das Gleis und

wurde umgestoßen. Der Radler erlitt eine Schürmerkütterung und wurde, nachdem ihm auf der nächsten Unfallstation ärztliche Hilfe zuteil geworden war, nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Siebzehn Knäuge erschwandelt hat sich in kurzer Zeit ein Spezialist, über dessen erstes Auftreten schon berichtet wurde. Der Gauner arbeitet mit dem alten Kniff, Lausburschen und Kindern, die von Geschäftsleuten oder den Eltern ausgeschied werden, unter irgend einem Vorwande die Waren abzunehmen, um sie ihnen für kurze Zeit zu verwahren“ und dann mit der Deute zu verschwinden. Seine „Spezialität“ besteht aber darin, daß er nur Knäuge nimmt. Wenn er einen Lausburschen gerade dabei trifft, daß er aus dem „Hüben Voriler“ die Wohnung des Kunden sucht, an den er liefern soll, so stellt er sich als dieser Kunde vor und nimmt den Knäuge gleich aus dem Haus für in Empfang. Sonst schickt er den Burschen mit irgendeinem erdichteten Auftrage weg. Nach den Anzeigen, die die Kriminalpolizei erhielt, hat der Schwindler, ein mittelgroßer Mann von etwa 30-40 Jahren, der einen dunklen, kurz geschnittenen Schnurrbart hat und in der Regel eine schwarze Altemappe unter dem Arme trägt, bis jetzt in 17 Fällen Erfolg gehabt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß er die gestohlenen Knäuge irgendwie zu Geld macht. Vielleicht gelingt es endlich, ihn unschädlich zu machen, wenn er wieder einmal einen Knäuge oder ein einzelnes Kleidungsstück zum Kauf anbietet. Einige Vorfälle gaben an, daß er unter dem rechten Auge eine erbsengroße Warte habe.

Feuerwehrbericht. Ein Dachstuhlbrand beschäftigte Montagabend die Berliner Feuerwehr in der Alsenstraße Str. 10. Dort brannte auf dem 2. und 3. Hof der rechte Seitenflügel. Gleichzeitig wurden wegen einer Gasexplosion mehrere Jäger der Wehr nach der Königstraße 3 gerufen, wo nur Materialschaden verursacht worden war. Ein Kühlraum brannte in der Friedrichsberger Str. 21 und eine Wohnung in der Thomaststraße 1. Mit Erfolg waren Samariter der Wehr in der Friedrichstraße und am Bundesplatz 12 tätig. Ein achtjähriger Knabe war unbefugterweise von Älteren Knaben veranlaßt worden, die Feuerwehr nach der Görlicher Str. 54 zu alarmieren.

Kleine Nachrichten. Andauernde Krankheit hat wieder zwei Männer veranlaßt, Hand an sich zu legen. Der 71 Jahre alte Kriegsveteran Ernst Mann aus der Poststraße Str. 1 erkrankte sich am Verstopfen, der 48 Jahre alte Kaufmann Max Lange aus der Campenhaustraße 21 vergriffte sich in seiner Wohnung mit Leuchtgas. — Ein Einbrecher, der bei Gastwirten Verleumdungen abschräubte, wurde bei einem Einbruch bei einem Gastwirt am Engelufer festgenommen.

Soziales.

Verzögerte Zustellung der Invalidenkarte.

Vor dem Gewerbegericht war die A. G. G. wegen Verweigerung der Invalidenkarte in zwei Fällen auf Schadenersatz verklagt.

Im ersten Falle hat eine Arbeiterin, nachdem sie aufgehört hatte, im Lohnbureau in der Aderstraße drei Stunden auf die Ausfertigung ihrer Invalidenkarte gewartet, ohne sie zu erhalten. Es war nämlich eine größere Zahl von Arbeitern mit dem gleichen Verlangen im Bureau und als daselbst zur Mittagszeit geschlossen wurde, mußten viele ununterrichtete Leute nach Hause gehen. Unter diesen befand sich auch die Klägerin. Man versprach ihr die Zustellung der Karte. Erst nach fünf Tagen wurde die Karte mit der Post abgefaßt, aber die Klägerin erhielt die Karte nicht, weil sie an ihre frühere Adresse gerichtet war. Dann ist die Klägerin, wie sie angab, vierzehn Tage hintereinander täglich im Lohnbureau gewesen, bis sie endlich die Karte, die gerade an die richtige Adresse gefaßt werden sollte, erhielt. — Die A. G. G. zahlte der Klägerin im Vergleichsweg 20 M.

Im zweiten Falle lagte ein Arbeiter Johann O. Ihm ist die Invalidenkarte mehrere Tage nach Lösung des Arbeitsverhältnisses durch eingeschriebenen Brief unter der Adresse „Frau Johanna O.“ zugesandt, aber vom Postboten nicht ausgehändigt worden. Der Kläger hat sich dann nicht weiter um die Angelegenheit bekümmert. Er beantragt 100 M. Schadenersatz. — Das Gericht verurteilte die Firma zur Zahlung von 75 M. Es ging davon aus, daß für die Zeit vor Abendung der Karte nur die Firma ein Verschulden trifft und diese Zeit deshalb voll vergütet werden muß. Für die Folgezeit trifft beide Teile ein Verschulden: die Firma wegen der falschen Adresse und den Kläger, weil er, nachdem er durch den falsch adressierten Brief Kenntnis von der Abendung der Karte erhielt, nichts tat, um in den Besitz derselben zu gelangen. Für diese Zeit ist ihm die Hälfte der beanspruchten Summe zugesprochen worden.

Ablehnung eines Gewerbegerichtsbeisitzers.

Der Maschinenfabrikant Ritsche, welcher als Beklagter vor der Kammer 5 des Gewerbegerichts erschien, lehnte den Arbeitnehmerbeisitzer Cohen wegen Befangenheit ab mit der Begründung: Er, der Beklagte, habe vor etwa zwei Jahren den Beisitzer Cohen der Rechtsbeugung beschuldigt. Cohen habe deswegen Strafanzeige gegen ihn erstattet, die Staatsanwaltschaft habe aber die Einleitung eines Verfahrens abgelehnt. Dann habe Cohen wegen derselben Sache eine Befehdigungsklage gegen ihn, den Beklagten, eingereicht, die auch abgelehnt worden sei. Bei einer polizeilichen Vernehmung in dieser Sache habe Cohen gesagt, er fühle sich verpflichtet, beim Gewerbegericht die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Cohen erklärte hierauf, die Staatsanwaltschaft habe ein Einschreiten abgelehnt, weil sie kein öffentliches Interesse für vorliegend hielt. Seine Privatklage sei aus § 108 Str.-G.-B. zurückgewiesen worden. Die angegebene Vernehmung habe vor dem Amtsgericht Neukölln stattgefunden. Befangen fühle er sich nicht.

Die Kammer beschloß: Das Ablehnungsgesuch wird zurückgewiesen.

In der Sache selbst wurde nicht verhandelt, da der Beklagte den Klageanspruch anerkannte und die Verhandlung seiner Widerklage vertagt wurde.

Verweigerung des Kriegszeichens.

Ein Arbeiter forderte durch Klage beim Gewerbegericht von der Firma Raboma 40 M. Schadenersatz, weil ihm bei Lösung des Arbeitsverhältnisses kein Kriegszeichen erteilt worden ist und er deshalb vier Tage ohne Arbeit war. Durch Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß der Kläger gegen den Willen der beklagten Firma aufgehört hat, also kein Kriegszeichen bekommen durfte. Vier Tage später hat er ihn durch Vermittelung des Verbandes der Metallindustriellen bekommen. Da der Kläger tatsächlich nur zwei Arbeitstage verloren hat, so erkannte ihm das Gericht einen Anspruch von 20 M. zu. Denn der Kläger, der die Einreichung des Kriegszeichens erst dadurch kennen lernte, daß sein neuer Arbeitgeber den Schein verlangte, hätte nach den Bestimmungen der Feldzeugmeisterei bei seinem Abgange von der beklagten Firma darauf aufmerksam gemacht werden müssen, daß er den Kriegschein nicht bekommen könne, wenn er ohne Zustimmung der Firma aufhöre. Da dies unterlassen wurde, ist die beklagte Firma schadenersatzpflichtig.

Berichtszeitung.

Klein-Mischen als Detektivin.

Durch die Aufmerksamkeit und Geistesgegenwart einer 14jährigen Schülerin war es gelungen, eine alte Zuchthäuserin und gewerbsmäßige Taschendiebin auf frischer Tat abzufassen und zu verhaften.

Aus der Untersuchungsstube wurde gestern die 55jährige Frau Anna Wöhe der Ferienstrafkammer des Landgerichts I vorgeführt, um sich wegen Diebstahls im straffähigsten Rückfalle zu verantworten. Fines Nachmittags bemerkte die 14jährige Schülerin Elise Trümpe vor einem Warenhause in der Andreadstraße eine ältere Frau, die jehige Angeklagte, die sich in auffälliger Weise an vor ihr stehende Frauen herandrängte und dabei in geschickter Weise deren Handtasche öffnete und den Inhalt in aller Ruhe einer Verächtigung unterzog. Als das junge Mädchen sah, wie die W. sich eine Geldbörse aneignete und damit verschwand, ging sie hinterher und beobachtete die Diebin, wie sie bei anderen Frauen dasselbe Manöver versuchte. Die kleine Detektivin verfolgte die Angeklagte nun so lange, bis sie in die Nähe eines Schuhmannes kam, den sie ansprach und ihn bat, die Frau zu verhaften, da sie „Boriermonnaies gestohlen habe“. Auf der Polizeiwache stellte es sich heraus, daß die Verhaftete, bei der mehrere Damendörser gefunden wurden, eine alte Taschendiebin war, die schon weit über 20 Jahre im Zuchthaus gefessen hatte. Das Gericht erkannte gegen die Angeklagte auf ein Jahr Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten der erlittenen Untersuchungsstube.

Aus aller Welt.

Ungeheure Opfer eines Taifuns. Nach einer Meldung aus Schanghai hat an der chinesischen Küste ein ungeheurer Taifun gewüthet, der große Feuerbrünste und Ueberflutungen im Gefolge hatte und zahlreiche Opfer gefordert hat. Die Verluste an Menschenleben allein in Kanton und Umgebung werden auf zehntausend angegeben. Fünfzig große chinesische Schunken sind gesunken und behindern die Schifffahrt.

Ein furchtbarer Wirbelsturm ist über Jamaika niedergegangen und hat viel Unglück angerichtet. Im Hafen von Kingston sind mehrere Schiffe zusammengepfosten und untergegangen. Die nördliche Küste der Insel ist überschwemmt. Die Bananenernte hat schwer gelitten. Der Schaden wird auf mindestens zwei Millionen Mark geschätzt.

Die ersten schwerverwundeten Kustausgefingenen aus Rußland trafen am Montag in Sognitz (Mähren) ein. Es waren 54 deutsche und 106 österreichische Krieger. Nach festlicher Begrüßung unter Teilnahme der Behörden erfolgte der Abtransport auf Wagen und Kranenträgen durch die reichgeschmückten Straßen nach Gotsch, die zu Zigaretten hergerichtet waren. Die Angekommenen wurden reichlich bewirtet und von der Bevölkerung mit Liebesgaben beschenkt. Am Mittwoch wird ein weiterer Transport erwartet.

Ein Kind vom Feuerbisse gerettet. Durch eine schnelle Tat zeichnete sich kürzlich der Interlokaler Rey aus Wenden (Kreis Jherlohn) von der 1. Kompanie des Landsturm-Bataillons 1 Münster, aus. Von seinem Quartier aus hörte er laute Hilferufe eines Kindes. Als er hinzueilte, fand er das zehnjährige Töchterchen der Eheleute Leonhard in hellen Flammen stehen. Trotz eigener Lebensgefahr griff er kurz entschlossen zu, erstickte die Flammen und rettete so das Kind an Armen, Rücken und Beinen verbrannte Kind vor einem qualvollen Tode. Der hinzugerufene Arzt und die Mutter des Kindes — der Vater befindet sich in deutscher Gefangenschaft — sprachen dem Retter für hervortragendes Verhalten ihren Dank und Anerkennung aus.

Ein Raubmord ist am Montagabend in Stettin an der 33jährigen Prostituierten Griebelow verübt worden. Es handelt sich anscheinend um einen Raubmord, denn die Wörfe der Ermordeten fehlte und verschiedene Schutzfächer waren durchwühlt. Der Verdacht fällt auf einen jungen Mann, dessen Besuch die Ermordete kurz vor der Tat empfing hatte.

Bombenfund in Lissa. Der „Prozedé“ meldet aus Lissa, daß bei Erdarbeiten in einem Felde in der Vorstadt Cernobilo ein Arbeiter eine Bombe fand, die explodierete und ihn schwer verletzte. Bei weiterer Nachforschung habe die Polizei an der betreffenden Stelle noch eine große Zahl Bomben gefunden, die dort vergraben waren.

Parteiveranstaltungen.

Neufßan. Heute abend ist im Jugendheim in der Friedrichstraße 55/56 die Versammlung der Jugendstellen. Alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre sind freundlich eingeladen.

Reinickendorf-Ch. Heute Mittwoch, den 18. August: Mädchenabend im Jugendheim, Groppestr. 22. Die Genossin Bohm + Schuch hält daselbst abends 8 1/2 Uhr einen Vortrag über „Seguelle Hygiene“. Auch erwachsenen Genossinnen ist der Besuch gestattet.

Überblicksrede. Heute Mittwoch, den 18. August: Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Restaurant „Kochschilf“, Rathausstraße, Ecke Säßler-Promenade. Genosse Hebelauer Dr. Meyer spricht über „Lebensmittellieferung“. Der Besuch der Frauen wird ganz besonders erwartet. Mitgliedsbuch legitimiert.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Adlershof. Donnerstag, abends 6 1/2 Uhr, im Gemeindefaam. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeglieder ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Sündens. 2. IV. Got realis. portiere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Neben der den Sprechstunde bestimmten Anfrage ist ein Zustande und eine Zahl als Vertretenden beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsbeurteilung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Ullige Fragen möge man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Sachrische und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

6. 8. 100. Nein, die Abendung über die Alimentation muß mit Zustimmung des Vormundes und des Vormundschaftsgerichts erfolgen. — 2. 1915. Sie haben keinen Anspruch auf Unterstützung. — Ferner 1000. Wenn Ihnen daran liegt, Ihre Papiere zu bekommen, möchten Sie sich mit einer Mahnung an den Landrat wenden. Sie sind zwar als dienstunfähig befunden, können aber noch nachgemustert werden. — 6. 8. 100. 1. Wegen Strampfadern dienstunfähig; Sie können aber noch nachgemustert werden. 2. Nein. 3. Da die Gemeinde nicht verpflichtet werden kann, die Kosten für die Selbstbehandlung zu übernehmen, so steht Ihnen leider kein Rechtsmittel zur Seite. — Gutten 05. Ihre Frage ist unverständlich. Wir nehmen aber an, daß es sich um eine Unterstützung für Familienangehörige von der Krankenliste handelt. Diese kann Ihnen sehr verweigert werden. — C. 9. 709. Sie können Antrag auf Militär-Invalide stellen. Der Antrag ist beim Bezirkskommando zu überreichen. — Du. 9a. — 29. 9. 70. 1. Trifft nicht zu. 2. Ja. — 3. 3. 100. Wegen hochgradiger Schwerkörperlheit dienstunfähig. Sie werden nicht mehr gemustert. — 6. 31. Das Kind ist allein erdberechtigt. — 3. 21. 36. 1. Ja. 2. Die Kündigung kann, wenn nichts vereinbart ist, nur 14 tages erfolgen. — 6. 8. 100. 13. Für den Vertrag hastet der Vorgänger. — C. 2. 100. Schaden von erlittenen Verletzungen und Operationen, dienstfähig. Die anderen Reklamen beziehen sich jedenfalls auf die Sprechstunde. Landrat ohne Stoffe, Armierungssoldat. — 2. 3. 22. 1. Ja. 2. Nein. 3. Die Reklamen kennen wir nicht, sie sind jedenfalls nicht richtig niedergegeben. — 2. 16. 1. und 2. Nein. — 23. 23. 7. 1. Sie können den Lehrvertrag nicht ohne weiteres brechen, sondern müssen auf Lösung des Lehrvertrages klagen. 2. An den Verband der Buchdrucker in Berlin, Einzelrater 15. — A. 2. 50. Nachmusterung kann noch erfolgen. — C. 2. 15. Nein. — 2. 2. 1914. Die Auszahlung der Abendung können Sie beantragen beim Ortskommando des Regiments, bei dem Sie Mann eingezogen wurde. — H. 2. 200. Die alte Mitgliedschaft kommt nicht in Anrechnung.

6. 8. 100. Nein, die Abendung über die Alimentation muß mit Zustimmung des Vormundes und des Vormundschaftsgerichts erfolgen. — 2. 1915. Sie haben keinen Anspruch auf Unterstützung. — Ferner 1000. Wenn Ihnen daran liegt, Ihre Papiere zu bekommen, möchten Sie sich mit einer Mahnung an den Landrat wenden. Sie sind zwar als dienstunfähig befunden, können aber noch nachgemustert werden. — 6. 8. 100. 1. Wegen Strampfadern dienstunfähig; Sie können aber noch nachgemustert werden. 2. Nein. 3. Da die Gemeinde nicht verpflichtet werden kann, die Kosten für die Selbstbehandlung zu übernehmen, so steht Ihnen leider kein Rechtsmittel zur Seite. — Gutten 05. Ihre Frage ist unverständlich. Wir nehmen aber an, daß es sich um eine Unterstützung für Familienangehörige von der Krankenliste handelt. Diese kann Ihnen sehr verweigert werden. — C. 9. 709. Sie können Antrag auf Militär-Invalide stellen. Der Antrag ist beim Bezirkskommando zu überreichen. — Du. 9a. — 29. 9. 70. 1. Trifft nicht zu. 2. Ja. — 3. 3. 100. Wegen hochgradiger Schwerkörperlheit dienstunfähig. Sie werden nicht mehr gemustert. — 6. 31. Das Kind ist allein erdberechtigt. — 3. 21. 36. 1. Ja. 2. Die Kündigung kann, wenn nichts vereinbart ist, nur 14 tages erfolgen. — 6. 8. 100. 13. Für den Vertrag hastet der Vorgänger. — C. 2. 100. Schaden von erlittenen Verletzungen und Operationen, dienstfähig. Die anderen Reklamen beziehen sich jedenfalls auf die Sprechstunde. Landrat ohne Stoffe, Armierungssoldat. — 2. 3. 22. 1. Ja. 2. Nein. 3. Die Reklamen kennen wir nicht, sie sind jedenfalls nicht richtig niedergegeben. — 2. 16. 1. und 2. Nein. — 23. 23. 7. 1. Sie können den Lehrvertrag nicht ohne weiteres brechen, sondern müssen auf Lösung des Lehrvertrages klagen. 2. An den Verband der Buchdrucker in Berlin, Einzelrater 15. — A. 2. 50. Nachmusterung kann noch erfolgen. — C. 2. 15. Nein. — 2. 2. 1914. Die Auszahlung der Abendung können Sie beantragen beim Ortskommando des Regiments, bei dem Sie Mann eingezogen wurde. — H. 2. 200. Die alte Mitgliedschaft kommt nicht in Anrechnung.

6. 8. 100. Nein, die Abendung über die Alimentation muß mit Zustimmung des Vormundes und des Vormundschaftsgerichts erfolgen. — 2. 1915. Sie haben keinen Anspruch auf Unterstützung. — Ferner 1000. Wenn Ihnen daran liegt, Ihre Papiere zu bekommen, möchten Sie sich mit einer Mahnung an den Landrat wenden. Sie sind zwar als dienstunfähig befunden, können aber noch nachgemustert werden. — 6. 8. 100. 1. Wegen Strampfadern dienstunfähig; Sie können aber noch nachgemustert werden. 2. Nein. 3. Da die Gemeinde nicht verpflichtet werden kann, die Kosten für die Selbstbehandlung zu übernehmen, so steht Ihnen leider kein Rechtsmittel zur Seite. — Gutten 05. Ihre Frage ist unverständlich. Wir nehmen aber an, daß es sich um eine Unterstützung für Familienangehörige von der Krankenliste handelt. Diese kann Ihnen sehr verweigert werden. — C. 9. 709. Sie können Antrag auf Militär-Invalide stellen. Der Antrag ist beim Bezirkskommando zu überreichen. — Du. 9a. — 29. 9. 70. 1. Trifft nicht zu. 2. Ja. — 3. 3. 100. Wegen hochgradiger Schwerkörperlheit dienstunfähig. Sie werden nicht mehr gemustert. — 6. 31. Das Kind ist allein erdberechtigt. — 3. 21. 36. 1. Ja. 2. Die Kündigung kann, wenn nichts vereinbart ist, nur 14 tages erfolgen. — 6. 8. 100. 13. Für den Vertrag hastet der Vorgänger. — C. 2. 100. Schaden von erlittenen Verletzungen und Operationen, dienstfähig. Die anderen Reklamen beziehen sich jedenfalls auf die Sprechstunde. Landrat ohne Stoffe, Armierungssoldat. — 2. 3. 22. 1. Ja. 2. Nein. 3. Die Reklamen kennen wir nicht, sie sind jedenfalls nicht richtig niedergegeben. — 2. 16. 1. und 2. Nein. — 23. 23. 7. 1. Sie können den Lehrvertrag nicht ohne weiteres brechen, sondern müssen auf Lösung des Lehrvertrages klagen. 2. An den Verband der Buchdrucker in Berlin, Einzelrater 15. — A. 2. 50. Nachmusterung kann noch erfolgen. — C. 2. 15. Nein. — 2. 2. 1914. Die Auszahlung der Abendung können Sie beantragen beim Ortskommando des Regiments, bei dem Sie Mann eingezogen wurde. — H. 2. 200. Die alte Mitgliedschaft kommt nicht in Anrechnung.

6. 8. 100. Nein, die Abendung über die Alimentation muß mit Zustimmung des Vormundes und des Vormundschaftsgerichts erfolgen. — 2. 1915. Sie haben keinen Anspruch auf Unterstützung. — Ferner 1000. Wenn Ihnen daran liegt, Ihre Papiere zu bekommen, möchten Sie sich mit einer Mahnung an den Landrat wenden. Sie sind zwar als dienstunfähig befunden, können aber noch nachgemustert werden. — 6. 8. 100. 1. Wegen Strampfadern dienstunfähig; Sie können aber noch nachgemustert werden. 2. Nein. 3. Da die Gemeinde nicht verpflichtet werden kann, die Kosten für die Selbstbehandlung zu übernehmen, so steht Ihnen leider kein Rechtsmittel zur Seite. — Gutten 05. Ihre Frage ist unverständlich. Wir nehmen aber an, daß es sich um eine Unterstützung für Familienangehörige von der Krankenliste handelt. Diese kann Ihnen sehr verweigert werden. — C. 9. 709. Sie können Antrag auf Militär-Invalide stellen. Der Antrag ist beim Bezirkskommando zu überreichen. — Du. 9a. — 29. 9. 70. 1. Trifft nicht zu. 2. Ja. — 3. 3. 100. Wegen hochgradiger Schwerkörperlheit dienstunfähig. Sie werden nicht mehr gemustert. — 6. 31. Das Kind ist allein erdberechtigt. — 3. 21. 36. 1. Ja. 2. Die Kündigung kann, wenn nichts vereinbart ist, nur 14 tages erfolgen. — 6. 8. 100. 13. Für den Vertrag hastet der Vorgänger. — C. 2. 100. Schaden von erlittenen Verletzungen und Operationen, dienstfähig. Die anderen Reklamen beziehen sich jedenfalls auf die Sprechstunde. Landrat ohne Stoffe, Armierungssoldat. — 2. 3. 22. 1. Ja. 2. Nein. 3. Die Reklamen kennen wir nicht, sie sind jedenfalls nicht richtig niedergegeben. — 2. 16. 1. und 2. Nein. — 23. 23. 7. 1. Sie können den Lehrvertrag nicht ohne weiteres brechen, sondern müssen auf Lösung des Lehrvertrages klagen. 2. An den Verband der Buchdrucker in Berlin, Einzelrater 15. — A. 2. 50. Nachmusterung kann noch erfolgen. — C. 2. 15. Nein. — 2. 2. 1914. Die Auszahlung der Abendung können Sie beantragen beim Ortskommando des Regiments, bei dem Sie Mann eingezogen wurde. — H. 2. 200. Die alte Mitgliedschaft kommt nicht in Anrechnung.

6. 8. 100. Nein, die Abendung über die Alimentation muß mit Zustimmung des Vormundes und des Vormundschaftsgerichts erfolgen. — 2. 1915. Sie haben keinen Anspruch auf Unterstützung. — Ferner 1000. Wenn Ihnen daran liegt, Ihre Papiere zu bekommen, möchten Sie sich mit einer Mahnung an den Landrat wenden. Sie sind zwar als dienstunfähig befunden, können aber noch nachgemustert werden. — 6. 8. 100. 1. Wegen Strampfadern dienstunfähig; Sie können aber noch nachgemustert werden. 2. Nein. 3. Da die Gemeinde nicht verpflichtet werden kann, die Kosten für die Selbstbehandlung zu übernehmen, so steht Ihnen leider kein Rechtsmittel zur Seite. — Gutten 05. Ihre Frage ist unverständlich. Wir nehmen aber an, daß es sich um eine Unterstützung für Familienangehörige von der Krankenliste handelt. Diese kann Ihnen sehr verweigert werden. — C. 9. 709. Sie können Antrag auf Militär-Invalide stellen. Der Antrag ist beim Bezirkskommando zu überreichen. — Du. 9a. — 29. 9. 70. 1. Trifft nicht zu. 2. Ja. — 3. 3. 100. Wegen hochgradiger Schwerkörperlheit dienstunfähig. Sie werden nicht mehr gemustert. — 6. 31. Das Kind ist allein erdberechtigt. — 3. 21. 36. 1. Ja. 2. Die Kündigung kann, wenn nichts vereinbart ist, nur 14 tages erfolgen. — 6. 8. 100. 13. Für den Vertrag hastet der Vorgänger. — C. 2. 100. Schaden von erlittenen Verletzungen und Operationen, dienstfähig. Die anderen Reklamen beziehen sich jedenfalls auf die Sprechstunde. Landrat ohne Stoffe, Armierungssoldat. — 2. 3. 22. 1. Ja. 2. Nein. 3. Die Reklamen kennen wir nicht, sie sind jedenfalls nicht richtig niedergegeben. — 2. 16. 1. und 2. Nein. — 23. 23. 7. 1. Sie können den Lehrvertrag nicht ohne weiteres brechen, sondern müssen auf Lösung des Lehrvertrages klagen. 2. An den Verband der Buchdrucker in Berlin, Einzelrater 15. — A. 2. 50. Nachmusterung kann noch erfolgen. — C. 2. 15. Nein. — 2. 2. 1914. Die Auszahlung der Abendung können Sie beantragen beim Ortskommando des Regiments, bei dem Sie Mann eingezogen wurde. — H. 2. 200. Die alte Mitgliedschaft kommt nicht in Anrechnung.

6. 8. 100. Nein, die Abendung über die Alimentation muß mit Zustimmung des Vormundes und des Vormundschaftsgerichts erfolgen. — 2. 1915. Sie haben keinen Anspruch auf Unterstützung. — Ferner 1000. Wenn Ihnen daran liegt, Ihre Papiere zu bekommen, möchten Sie sich mit einer Mahnung an den Landrat wenden. Sie sind zwar als dienstunfähig befunden, können aber noch nachgemustert werden. — 6. 8. 100. 1. Wegen Strampfadern dienstunfähig; Sie können aber noch nachgemustert werden. 2. Nein. 3. Da die Gemeinde nicht verpflichtet werden kann, die Kosten für die Selbstbehandlung zu übernehmen, so steht Ihnen leider kein Rechtsmittel zur Seite. — Gutten 05. Ihre Frage ist unverständlich. Wir nehmen aber an, daß es sich um eine Unterstützung für Familienangehörige von der Krankenliste handelt. Diese kann Ihnen sehr verweigert werden. — C. 9. 709. Sie können Antrag auf Militär-Invalide stellen. Der Antrag ist beim Bezirkskommando zu überreichen. — Du. 9a. — 29. 9. 70. 1. Trifft nicht zu. 2. Ja. — 3. 3. 100. Wegen hochgradiger Schwerkörperlheit dienstunfähig. Sie werden nicht mehr gemustert. — 6. 31. Das Kind ist allein erdberechtigt. — 3. 21. 36. 1. Ja. 2. Die Kündigung kann, wenn nichts vereinbart ist, nur 14 tages erfolgen. — 6. 8. 100. 13. Für den Vertrag hastet der Vorgänger. — C. 2. 100. Schaden von erlittenen Verletzungen und Operationen, dienstfähig. Die anderen Reklamen beziehen sich jedenfalls auf die Sprechstunde. Landrat ohne Stoffe, Armierungssoldat. — 2. 3. 22. 1. Ja. 2. Nein. 3. Die Reklamen kennen wir nicht, sie sind jedenfalls nicht richtig niedergegeben. — 2. 16. 1. und 2. Nein. — 23. 23. 7. 1. Sie können den Lehrvertrag nicht ohne weiteres brechen, sondern müssen auf Lösung des Lehrvertrages klagen. 2. An den Verband der Buchdrucker in Berlin, Einzelrater 15. — A. 2. 50. Nachmusterung kann noch erfolgen. — C. 2. 15. Nein. — 2. 2. 1914. Die Auszahlung der Abendung können Sie beantragen beim Ortskommando des Regiments, bei dem Sie Mann eingezogen wurde. — H. 2. 200. Die alte Mitgliedschaft kommt nicht in Anrechnung.

6. 8. 100. Nein, die Abendung über die Alimentation muß mit Zustimmung des Vormundes und des Vormundschaftsgerichts erfolgen. — 2. 1915. Sie haben keinen Anspruch auf Unterstützung. — Ferner 1000. Wenn Ihnen daran liegt, Ihre Papiere zu bekommen, möchten Sie sich mit einer Mahnung an den Landrat wenden. Sie sind zwar als dienstunfähig befunden, können aber noch nachgemustert werden. — 6. 8. 100. 1. Wegen Strampfadern dienstunfähig; Sie können aber noch nachgemustert werden. 2. Nein. 3. Da die Gemeinde nicht verpflichtet werden kann, die Kosten für die Selbstbehandlung zu übernehmen, so steht Ihnen leider kein Rechtsmittel zur Seite. — Gutten 05. Ihre Frage ist unverständlich. Wir nehmen aber an, daß es sich um eine Unterstützung für Familienangehörige von der Krankenliste handelt. Diese kann Ihnen sehr verweigert werden. — C. 9. 709. Sie können Antrag auf Militär-Invalide stellen. Der Antrag ist beim Bezirkskommando zu überreichen. — Du. 9a. — 29. 9. 70. 1. Trifft nicht zu. 2. Ja. — 3. 3. 100. Wegen hochgradiger Schwerkörperlheit dienstunfähig. Sie werden nicht mehr gemustert. — 6. 31. Das Kind ist allein erdberechtigt. — 3. 21. 36. 1. Ja. 2. Die Kündigung kann, wenn nichts vereinbart ist, nur 14 tages erfolgen. — 6. 8. 100. 13. Für den Vertrag hastet der Vorgänger. — C. 2. 100. Schaden von erlittenen Verletzungen und Operationen, dienstfähig. Die anderen Reklamen beziehen sich jedenfalls auf die Sprechstunde. Landrat ohne Stoffe, Armierungssoldat. — 2. 3. 22. 1. Ja. 2. Nein. 3. Die Reklamen kennen wir nicht, sie sind jedenfalls nicht richtig niedergegeben. — 2. 16. 1. und 2. Nein. — 23. 23. 7. 1. Sie können den Lehrvertrag nicht ohne weiteres brechen, sondern müssen auf Lösung des Lehrvertrages klagen. 2. An den Verband der Buchdrucker in Berlin, Einzelrater 15. — A. 2. 50. Nachmusterung kann noch erfolgen. — C. 2. 15. Nein. — 2. 2. 1914. Die Auszahlung der Abendung können Sie beantragen beim Ortskommando des Regiments, bei dem Sie Mann eingezogen wurde. — H. 2. 200. Die alte Mitgliedschaft kommt nicht in Anrechnung.